Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 2 April 1935 Nummer 19

Macht ohne Diplomatie — Diplomatie ohne Macht

Von **Richard Kern.**

Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch die deutsche Regierung, die Aufstellung einer Armee von 36 Divisionen, die offizielle Proklamation der Existenz einer Luftflotte von mindestens gleicher Stärke wie die englische — das alles bedeutet im Augenblick nicht so sehr dic Schaffung neuer Tatsachen als Klarheit über diese Tatsachen. Aber das »Aussprechen, was ist«, hat stets große politische Bedeutung. Seit dem 16. März kann die Tatsache, daß Deutschland eine starke Militärmacht ist und alles daran setzt, in kurzer Frist die stärkste von allen zu werden, selbst nicht mehr von der englischen Regierung übersehen, selbst nicht mehr von der Labour Party geleugnet werden. Lansbury hält zwar unentwegt an seiner pazifistischen Ablehnung aller militärischen Gegenmaßnahmen fest — mit Recht hat ihn Außenminister Simon kürzlich einen ehrwürdigen Greis genannt — aber er scheint doch zu erkennen, daß es sich bei der Zerreißung des Versailler Vertrags nicht mehr um die Durchsetzung der allgemeinen Abrüstung handelt, die bisher allein durch die Böswilligkeit Frankreichs und die Lauheit Englands vereitelt wurde.

I.

Bevor wir auf die außenpolitischen Folgen eingehen, müssen wir die innenpolitischen Wirkungen betrachten. Man soll sich nicht täuschen! Seit dem 4. August 1914 haben die Delirien der nationalen Begeisterung keinen so hohen Grad erreicht wie am 16. März 1935. Die nationalsozialistische Botschaft, daß mit der Einführung der Wehrpflicht die deutsche Ehre wieder hergestellt, das Recht des freien deutschen Mannes, Waffen zu tragen, zurückerobert sei, daß die neu erstandene starke Armee die Freiheit und Unabhängigkeit schirme, findet enthusiastischen Widerhall bei großen Massen des deutschen Volkes und besonders bei der Jugend. Immer war der aggressive Nationalismus Bismarkschen Gepräges, getragen von der Masse der deutschen Intellektuellen, geteilt von den Massen der Kleinbürger und Bauern, ausgebeutet von den herrschenden Schichten, die mächtigste ideologische Kraft in Deutschland; sie wuchs in der Zeit des deutschen Imperialismus immer mehr an und vernichtete alle ihr entgegenstehenden Tendenzen des bürgerlichen

Liberalismus, der ja in Deutschland nie zur Entfaltung gekommen war. Der Krieg und seine Folgen, die in den siegreichen Ländern die pazifistischen Strömungen gestärkt haben, haben den Nationalismus in dem besiegten Deutschland in seiner gefährlichsten Form als Befreiungsideologie wie 1813 und als Revanchegedanken aufs Neue gesteigert. Jetzt erscheint die zunächst erfolgreich vollzogene Vernichtung des »Schmachfriedens«, die Wiederauferstehung des herrlichen, immer unbesiegten Kriegsheers den breiten, von jeder anderen als der nationalsozialistischen Darstellung abgeschlossenen Massen als fast unbegreiflicher Triumph der wahrhaft nationalen Politik des Führers. Hier ist ein Wunder, glaubet nur — und sie glauben . . .

[Das bedeutet aber fürs erste, daß der Tendenz der Zersetzung der Massengrundlage der Diktatur, die unmittelbar aus der Wirtschaftsentwicklung entspringt, eine sehr starke Gegentendenz erwachsen ist. Die nationalistisch-militaristische Ideologie ralliüert große Massen, die zur Indifferenz oder zur Gegnerschaft neigten, wieder um die Diktatur. Eine neue Hoffnung, ein neuer Glaube entsteht: Das neue mächtige Deutschland wird seine Weltgeltung rasch wiedererlangen. Wie Hitler die Feinde jetzt in der Außenpolitik überwunden hat, so wird er auch das Wirtschaftselend besiegen. Dem starken Deutschland müssen sich wieder die Weltmärkte öffnen, die Abschnürung der Rohstoffe, die das mißgünstige Ausland verschuldet hat, findet ihr Ende. Es geht wieder aufwärts und versucht die Welt der Feinde es zu hindern, dann werden wir siegreich die Feinde schlagen. Der Krieg wird zur Hoffnung.

Die Abbröckelung der Massengrundlage der Diktatur vollzog sich auf wirtschaftlicher Grundlage; die Wiedererstarkung der Massengrundlage vollzieht sich auf einer anderen Ebene, der politisch-ideologischen des militaristischen, expansionistischen Nationalismus. Die unmittelbaren wirtschaftlichen Interessen und Bestrebungen werden zurückgedrängt, ihre Erfüllung wird untergeordnet und abhängig gemacht von der Erreichung der nationalistischen Aufgaben und Ziele. Aber der Sieg dieser Ideologie ist *zunächst* die Tatsache, mit der gerechnet werden muß. Wie lange sie der Gegentendenz, die sich mit immer größerer Schärfe aus der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse ergibt, standhalten kann, wird erst die Zukunft zeigen. Darüber läßt sich heute umso weniger Bestimmtes aussagen als dazwischen die gewaltsame Lösung — der Krieg — liegen kann.

Zugleich mit diesem Erstarken ihrer Massengrundlage hat sich der Herrschaftsapparat der Diktatur konsolidiert.] Der 30. Juni, der im Ausland eine starke und nachhaltige Empörung hervorgerufen, die Einsicht in die wahre Natur des Nationalsozialismus vermehrt, eine große und dauernde Befürchtung über die bedrohliche Politik der Gangster geweckt und den faschistischen Bestrebungen schweren Eintrag bereitet hat, war in Deutschland selbst kein Hindernis für eine fortschreitende Konsolidierung. Die beiden bezeichnendsten Tatsachen waren doch die vollständige Apathie der Massen, die während der Auseinandersetzung zu keiner Aktion irgend einer Art fähig waren und so die Schwäche jeder Opposition gegen

das Regime offenbarten, und die wohlwollende Neutralität der Reichswehrführung, die die Erledigung ihres einzig ernsthaften Rivalen, der SA und ihres selbständigkeitslüsternen Chefs, mit Wohlwollen betrachtete. Es war nie zu verstehen, warum zwischen Hitler und der Reichswehr ein ernsthafter Gegensatz angenommen wurde. Hitler hat vom Anfang an, eine Politik getrieben, der er alles andere untergeordnet hat, die Politik der Beseitigung der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages, der Wiedergewinnung der Wehrfreiheit, der Aufrüstung. Das aber waren gerade die Ideale der Reichswehr. Wenn je die deutsche Generalität sich mit einem Regime verbunden fühlen mußte, so mit dem der nationalsozialistischen Diktatur, das ihr alles zu geben verhieß, was sie sich wünschte, alle materiellen Mittel, die Wiederbelebung der militaristischen Erziehung und des militaristischen Geistes und die Befreiung von jeder öffentlichen Kontrolle in Parlament und Prese, die bête noire jeder Generalität. Daß einzelne Personen meckerten, daß dem vielleicht einzig Gefährlichen, dem General Schleicher, die Tatenlust gewaltsam unterbunden wurde, konnte an der Grundtatsache der beiderseitigen Solidarität nichts ändern. Denn auch Hitler ist kein »Gefangener« der Reichswehr. Er besitzt unumschränkt alle Freiheit, die er will und braucht. Denn es kommt ihm ja gar nicht in den Sinn, eine Freiheit g e g e n die Armee anzustreben. Seine politischen Ziele und die militärischen Forderungen stehen ja nirgends in Gegensatz. Daß sich bei rein militärischen Fragen und erst recht bei den lebensgefährlichen der Entscheidung über Krieg und Frieden der Einfluß der Leiter der militärischen Organisation zur Geltung bringt, ist selbstverständlich und vollzieht sich in wechselnder Stärke in jedem Regime, im demokratischen wie im bolschewistischen oder faschistischen. Nur daß wohl nirgends die Ideologie zwischen politischer und militärischer Führung gleichartiger ist als im nationalsozialistischen Deutschland.

Jedenfalls ist heute die Reichswehr die sicherste Stütze der Diktatur und daraus folgt nebenbei auch schon, daß man sich nicht einer neuen Illusion über die Folgen der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hingeben soll. Ihrer angeblich demokratisierenden Wirkung, die aber die Geschichte nie bestätigt hat, stehen im Reich der Diktatur noch besonders starke Gegentendenzen entgegen. Einmal die vormilitärische intensive Jugenderziehung. Sodann aber der Umstand, daß ja die Reichswehr, wenn auch vielleicht unter Modifikationen, als eigentliches Berufsheer und Offensivtruppe erhalten bleibt. Sie wird es sein, die in wirklich schweren politischen Krisen. als Machtapparat dem Regime zur Verfügung steht, Kern des Volkes in Waffen, aber zugleich auch — sein Beherrscher.

Mit dieser Entwicklung ist zugleich das Problem der SA gegenstandslos geworden. Die Diktatur bedarf ihrer nicht mehr. Sie wird unter der Kontrolle der Reichswehr der vor- oder nebenmilitärischen Ausbildung dienen. Sieg der Reichswehr? Organisatorisch vielleicht. Politisch gibt es aber keine stärkere Befestigung der Diktatur als die Gleichschaltung des Führers und der Generalität auf dem Boden gleicher Ziele und gleicher Anschauungen.

Aehnlich ist die Entwicklung auch in dem Verhältnis zur Bürokratie

gewesen. Nur ist die Bürokratie viel weniger als Generalität und Offizierkorps ein einheitlicher Körper mit einheitlichen Anschauungen und festem Zusammenhalt. Ihre Beherrschung ist der Diktatur restlos gelungen. Diese verfügt durchaus über die entscheidenden Kommandohöhen. Daß sie einzelne Posten nicht mit Pgs. besetzt, sondern die ihr gefügsam gewordenen alten Techniker beibehalten oder neue herangezogen hat, ändert nichts an dem Sachverhalt. Sie hat dadurch die »Spez.« erhalten, die sie brauchte. Der ignorante Phantast Feder wäre in kurzer Zeit eine Katastrophe geworden, der sachkundigere Schacht ist fürs erste eine Rettung. Deshalb, ja gerade deshalb bleibt Hitler der Herr. Und die Beseitigung der Eingriffe der verschiedenen Gauleiter und Amtswalter, die ein anarchisches Element darstellten, »zugunsten der Bürokratie« ist nur die Konsolidierung der Diktatur, die eben ihre Herrschaft durch die ihrem Befehl unterworfene Bürokratie weitaus geordneter und sicherer ausüben kann als durch die direkte Einwirkung unqualifizierter Pgs. Dagegen bleiben die Partei und ihre Organisationen wie Hitlerjugend, Arbeitsfront etc. das Herrschaftsinstrument über die unterworfene, atomisierte, der Organisationsmöglichkeit beraubte Masse. Ueber das Wort Hitlers, die Partei befiehlt dem Staate, mag man streiten. Daß aber Hitler sowohl der Partei als dem Staat befiehlt, darüber ist wohl kein Zweifel erlaubt. Die »Revolution« ist zu Ende, die Diktatur ist die deutsche Staatsform, die Konsolidierung hat sich zunächst vollzogen.

II.

Die deutsche Regierung hat sich bei der Verkündung der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht auf die V e r l ä n g e r u n g d e r f r a n z ö s i s c h e n D i e n s t p f l i c h t berufen, die aber nur der Kompensation des Geburtenausfalls bei den in den nächsten Jahren zur Einziehung kommenden Jahrgängen dient, und auf das e n g l i s c h e W e i ß b u c h. In ihm konstatiert die englische Regierung die offenkundige Tatsache, daß bisher im Rahmen des Völkerbundes und der Abrüstungskonferenz Verträge, die den Frieden wirklich sichern, nicht zustande gebracht werden konnten; sie erklärt die Fortsetzung ihrer bisherigen Politik der einseitigen Abrüstung mit Rücksicht auf die deutsche Aufrüstung und die militaristische Erziehung der deutschen Jugend für unmöglich und begründet so eine mäßige Vermehrung der englischen Luftflotte und der Materialbestände für Heer und Flotte.

Das Weißbuch hat in weiten Kreisen des englischen Volkes, in denen der Pazifismus ein echtes und starkes Motiv des politischen Handelns ist, eine große Erregung hervorgerufen, denen die Führer der Labour Party und der Liberalen im Unterhaus kritiklosen Ausdruck verliehen. Der Regierung wurde vorgeworfen, die Völkerbundpolitik preisgegeben zu haben, zur alten Politik der Allianzen und des Aufrüstens zurückzukehren. Aber der Sprecher der Arbeiterpartei, A t t l e e, begnügte sich damit, der Realität das Ideal entgegenzusetzen. Kein Zweifel, meinte er, daß die Völker der Welt in ihrer erdrückenden Mehrheit für den Frieden seien. Hätte die englische Regierung in den letzten vier Jahren einen ernsten Appell für

den Frieden an die Welt gerichtet, so hätte dieser eine überwältigende Zustimmung gefunden. Das Weißbuch behaupte, es bestünden Gefahren, gegen die sich England wappnen müsse. Aber das könne nicht durch nationale Verteidigung geschehen. Man müsse zu einer neuen Weltordnung kommen, einer Welt des Rechts, der Abschaffung der nationalen Rüstung, mit einer internationalen Armee und einem die Welt umfassenden neuen Wirtschaftssystem . . . Da fiel der Zwischenruf, sagen Sie das doch Hitler! Der Zwischenruf bleibt unbeantwortet . . .

Der Zeitpunkt der deutschen Proklamation hatte natürlich weder mit der Verlängerung der französischen Dienstpflicht noch mit dem englischen Weißbuch etwas zu tun. Dieser Zeitpunkt ist vielmehr aus zwei wichtigen Gesichtspunkten gewählt worden. Einmal mußte der Moment eintreten, wo der Zustand der sozusagen illegalen Aufrüstung in Widerspruch geraten mußte mit den organisatorischen Notwendigkeiten, die die Aufstellung einer Armee der allgemeinen Wehrpflicht verlangt, wie der Aushebung der Rekruten, der Einberufung der Reserven, der Abhaltung von Manövern usw. Der andere Grund war politischer Natur. In dem Londoner Abkommen zwischen Frankreich und England sollte die Aufhebung der Entwaffnungsbestimmungen den Schlußstein bilden, nachdem der Frieden durch den Abschluß des Ostpakts, der mitteleuropäischen Vereinbarung, des Luftlocarno und der Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund gesichert war. Indem die deutsche Regierung verkündete, daß sie die Entwaffnungsbestimmungen nicht nur nicht mehr anerkenne, sondern bereits ihre neue Militärmacht aufgerichtet habe, hatte sie die »Unteilbarkeit« des Londoner Abkommens bereits in einem entscheidenden Punkte — der erst zu vereinbarenden Rüstungsstärke — vernichtet und sich so völlig freie Hand in allen anderen Fragen verschafft. Die Stellung der Gegner war überrannt. Und dieses Vorgehen war nicht einmal sehr gefahrvoll, da man ja mit der Unentschlossenheit Englands rechnen konnte.

Die Rechnung stimmte — wenigstens zunächst. Denn in England wiederholte sich das schon gewohnte Spiel, das Macdonald als Minister der Arbeiterpartei begonnen hat und als Minister der Nationalen Regierung fortsetzt. England trifft mit Frankreich oder mit Frankreich und Italien Abkommen. Dann fragt es in Berlin an, ob ihm diese Vereinbarung genehm ist. Auf das deutsche Nein hin läßt England das Abkommen im Stich; es verschärft so selbst aufs Neue die Gegensätze, bis es sich gezwungen sieht, wieder ein neues Kompromiß vorzuschlagen, das dasselbe Schicksal erfährt. So ging es mit den Vereinbarungen bei der Abrüstungskonferenz, so geht es jetzt mit dem Londoner Abkommen. Nur daß diesmal die englische Regierung die Verpflichtung eingegangen war, sich vor einem neuen Schritt mit Frankreich und Italien zu beraten und unter Bruch dieser Verpflichtung und unter Trennung von ihrem Partner die neue Verhandlung mit Deutschland begann. Mit Mühe nur und unvollständig konnten Frankreich und Italien den Streich parieren, indem sie England dazu verpflichteten, der Reise seiner Außenminister den Charakter einer bloßen Erkundungsfahrt zu geben und wenig-

stens nachher zu der gemeinsamen Beratung zusammenzutreten, die am Anfang hätte stehen sollen.

Nie war eine Reise so unnötig wie die Informationsfahrt der englischen Minister nach Berlin. Denn alles, was sie hören konnten, das hätten sie längst aus »Mein Kampf« ausführlicher, ungeschminkter, authentischer wissen müssen — ebenso wie die Führer der Labour Party. Noch mehr; sie hätten aus einem sehr bekannten Dokument, aus dem offenen Brief Hitlers an Papen vom 16. Oktober 1932 zur Zeit der Lausanner Verhandlungen, in denen vernünftiger Weise die Liquidierung der Reparationslasten und unvernünftiger Weise die Zusage der unheilschwangeren Gleichberechtigungsformel zugestanden wurde, längst entnehmen können, wie die deutsche unbeschränkte Aufrüstung durchgeführt werden würde.

Hitler wandte sich damals gegen den Versuch Papens, die Aufrüstung — und Hitler verstand darunter stets die vollständige Wehrfreiheit und die Erlangung der militärischen Ueberlegenheit — auf Konferenzen durchzusetzen. Man müsse vielmehr die Welt vor die vollendete Tatsache stellen. Erst dann werde diese auch internationale Anerkennung finden. Es sei nicht notwendig, die Genfer Abrüstungskomödie bis ins Endlose mitzumachen. Es genüge, den Willen Frankreichs, nicht abzurüsten, vor der ganzen Welt klarzustellen, um dann die Konferenz mit der Bemerkung zu verlassen, daß damit der Vertrag von Versailles von den Signatarmächten selbst verletzt sei und Deutschland sich vorbehalten müsse, daraus die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Gleichzeitig müsse man einen Keil zwischen England und Frankreich treiben.

Hitlers Herz ist sicherlich eine Mördergrube, aber er trägt sein Herz auf den Lippen. Jedoch die englische Regierung und die Labour Party wollten nicht hören. Die Macdonald und Simon haben den Grundsatz der englischen Politik, warten und sehen, zu dem Grundsatz gewandelt: warten und nicht sehen. Sie und ihre Opposition haben bisher in der Außenpolitik dieselbe Rolle gespielt wie Hugenberg und Papen in der deutschen Innenpolitik. Wird es so bleiben?

War die Reise Simons und Edens unnötig, so war sie — vielleicht — nützlich. Hitler hat die Taktik, der er bisher seine Erfolge verdankt, fortgesetzt. Er hat gesagt, was er anstrebt. Jeder, der nicht sich oder andere täuschen wollte, wußte es freilich vorher. Die Engländer erfuhren jetzt, was sie mit dem Zugeständnis der Gleichberechtigung an Hitler angerichtet haben. Gleichberechtigung — das ist für Hitler und die Reichswehr die miltärische Ueberlegenheit über Frankreich und seine Bundesgenossen. Das ist die volle Entwicklung der ungeheuren Kriegskraft des industriell mächtigsten, für militärische Zwecke am besten organisationsfähigen Staates mit einer Bevölkerung, die sich ohne praktische Widerstandsfähigkeit den militaristisch-nationalistischen Zwecken unterordnet. Die sogenannte Gleichberechtigung bedeutet die Machtgrundlage für die weiteren machtpolitischen Ziele im ost- und mitteleuropäischen Raum, das Fundament für die Hegemonie in der Welt. Auf Grund der Gleichberechtigung meldet Hitler den Anspruch auf Kolonien an — er hat die fixe Idee Schachts sich jetzt zu eigen gemacht — und fordert die Beseitigung

aller Diskriminierungen aus dem Versailler Vertrag, wozu auch die Bestimmungen über die demilitarisierte Zone gehören.

Gegen diese Gleichberechtigung, gegen die permanente Kriegsdrohung Hitlers hat es seit dem Tag seiner Machtergreifung nur ein Mittel gegeben: die Herstellung einer militärisch überlegenen Konstellation, die den Krieg für Hitler und die deutsche Generalität aussichtslos macht. Das und sonst nichts fürchtet Hitler und deshalb sein Bestreben, den »Keil zwischen England und Frankreich« immer aufs Neue vorzutreiben. Deshalb setzte er dem »unteilbaren« Londoner Abkommen und vor allem dem Ostpakt neue Vorschläge entgegen, die er durch seinen Bundesgenossen Polen unterstützen ließ. Wozu Abkommen, die automatisch gegen den Angreifer den Krieg auslösen? Bleiben wir doch im Rahmen der bisherigen Friedenssicherung, in dem wir es soweit gebracht haben. Kein Kollektivabkommen zwischen mehreren Mächten zum gegenseitigen Schutz gegen den Angreifer. Wir sind bereit, so viel Nichtangriffspakte auf 10 Jahre zu schließen, wie man nur wünscht. Ihr legt Wert auf den Völkerbund? Wir sind bereit, wenn Ihr uns die nötigen Konzessionen macht, zurückzukehren und dort einen neuen europäischen Pakt zu unterschreiben, in dem drin steht, daß man den Angreifer nicht unterstützen darf. Natürlich muß erst der Völkerbundsrat entscheiden — mit Einstimmigkeit — wer der Angreifer ist. Natürlich darf man nicht von vornherein verlangen, daß man den Angreifer bekriegen muß, das verbietet uns unsere Friedensliebe. Aber weiter darf man nicht gehen, denn sonst kommt man zu dem, was die Laval und Litwinow in Wirklichkeit anstreben, zu den abscheulichen Militärbündnissen, die unsere Sicherheit und damit den Frieden bedrohen. Dann müssen wir noch stärker rüsten. Helft Ihr uns aber, diese Militärbündnisse zu verhindern, dann sind wir sogar bereit, über eine Abrüstungskonvention zu verhandeln. Ersetzt also, bitte, die regionalen Pakte gegen den Angreifer, durch einen neuen gesamteuropäischen Friedenspakt und wir unterschreiben ihn wie wir den Kolleg-Pakt auch unterschrieben haben.

Hitlers Taktik schien klar und richtig. Er verfügt schon jetzt über eine überaus starke Wehrmacht. Dank England hat er die militärische Gefahrenzone überschritten. Von neuen Rüstungskonventionen hat er nichts zu befürchten. Er weiß, daß sein Mitspieler Japan an eine Begrenzung oder gar eine Verminderung seiner Rüstung gar nicht denkt. Er hat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die japanische Regierung in ungewöhnlicher grober Form jede Beteiligung an einem fernöstlichen Locarno ablehnt und sich völlig freie Hand in militärischer und politischer Beziehung vorbehalten hat. Er weiß, daß die aggressive Politik Japans Rußland zu militärischen Sicherungsmaßnahmen großen Stils zwingt. Das bolschewistische Rußland aber, das ist die große Gefahr für Deutschland. Rußlands Rüstung ist der Maßstab für die deutsche Rüstung. Sie wird jedenfalls sehr stark sein müssen, um Deutschland die nötige Sicherheit zu gewähren. — Das Italien Mussolinis sieht in der Vereinigung Oesterreichs mit Deutschland mit Recht eine Bedrohung. Es weiß, daß die

Friedensbeteuerungen Hitlers per Kasse den Krieg auf Termin bedeuten. Ganz abgesehen von der eigenen militaristisch-nationalistischen Einstellung des italienischen Faschismus bedeutet für Mussolini die Abrüstung auf ein für Hitler akzeptables Niveau die Kapitulation. Ganz abgesehen also von dem Verhalten Frankreichs garantieren Japan, Rußland und Italien für Hitler einmal eine unabsehbar lange Zeit von Verhandlungen, während der er völlig freie Hand behält; sodann garantiert ihm selbst der Abschluß einer Konvention einen eigenen hohen Rüstungsstand, ohne den seine Zustimmung nicht zu haben ist. Schließlich bleibt, falls man ihm nicht größere Beschränkungen auferlegt als anderen Nationen, die dem Grundsatz der Gleichberechtigung widersprechen und deshalb von vornherein undiskutierbar sind, der ungeheure deutsche Vorsprung bestehen, die ihm die größere Bevölkerung und die organisatorische und technische Ueberlegenheit seiner Kriegswirtschaft verleiht. Kommt aber schließlich unter den ihm genehmen Bedingungen die Rüstungsvereinbarung zustande, so wäre es erst recht sein Triumph. Deutschland hat die militärische Gefahrenzone überschritten, es ist aber in der finanziellen und wirtschaftlichen Gefahrenzone. Eine Rüstungsvereinbarung, wie Hitler sie meint, würde das Schwergewicht der deutschen militärischen Stärke voll auf die Außenpolitik zur Geltung bringen. Deutschland würde ein Anziehungspunkt für etwaige Bundesgenossen sein und eine mögliche Aenderung der jetzigen außenpolitischen Konstellation abwarten und inzwischen eine Einschränkung seiner militärischen Ausgaben vornehmen können, deren es dringend bedarf.

Hitlers Gegenvorschag zu dem von England akzeptierten, aber bereits fast schon wieder gebrochenem Londoner Abkommen spielte ihm also alle Trümpfe in die Hand. Mußte er deshalb aussichtslos erscheinen?

England ist in einer schweren Lage. Sein Ziel ist die Aufrechterhaltung des Friedens, denn der Krieg ist eine tötliche Bedrohung des Imperiums. So sehr es dem Schlagwort widerspricht, so sicher ist es, daß gerade die englischen Imperialisten in der gegenwärtigen Konstellation Kriegsgegner sein müssen. Aber für England ist der Friede kein rein europäisches Problem. Sein Blick muß sich auf den Pazifik richten. Für England ist das Vorgehen Japans nicht minder beunruhigend als das Deutschlands. Japan ist aus dem Völkerbund ausgebrochen, es hat das Flottenabkommen mit England und Amerika gekündigt, es erstrebt die Oberherrschaft über China. England ist ihm nicht entgegengetreten. Wie es gegenüber Deutschland die Illusion genährt hat und nährt, man könnte seinen kriegerischen Nationalismus durch Konzessionen beruhigen, und nicht begreift, daß jedes erlangte Zugeständnis nur der Ausgangspunkt für neue Forderungen ist, so vermeint es auch den Expansionsdrang Japans gewähren lassen zu müssen, in der Hoffnung, die Erwerbung Mandschukuos, vielleicht noch der russischen Hälfte Sachalins und der inneren Mongolei werde das Ausdehnungsstreben zum Stillstand bringen. Freilich, wenn Fafner und Fasolt, Fasolt und Fafner sich gegenseitig auffräßen, wenn Rußland und Japan sich gegenseitig vernichteten, es wäre eine Lösung. Aber diese Lösung ist gefährlich, weil ja der Kriegs-

ausgang unsicher, ein Sieg Japans, aber auch ein Sieg Rußlands die englische Stellung erst recht gefährden könnte. Und diese Lösung ist unmöglich, weil der Krieg nicht isoliert bleiben, auf Europa zurückschlagen, den deutschen Angriff auslösen und England in ihn hineinzwingen würde.

Gelänge es aber Deutschland zu binden, in den Völkerbund zurückzubringen, dann wäre Rußland, im Westen gesichert, im Osten für Japan ein zu gefährlicher Gegner. Dann wäre es eher möglich, eine russisch-japanische Konflagration zu vermeiden, schlimmstenfalls aber ihre Isolierung zu erreichen. Schließen dagegen Rußland und Frankreich ein Bündnis, dann schwindet jede Aussicht auf Isolierung eines fernöstlichen Konflikts und England wird in den Krieg hineingerissen.

Mit diesen Erwägungen fließen die pazifistischen zusammen. Kommen wir doch Hitler entgegen, befriedigen wir das verletzte deutsche Nationalgefühl, verhindern wir das Auseinanderfallen Europas in zwei feindliche Lager, versagen wir uns den kaum mehr getarnten Militärbündnissen, bleiben wir über den Streitenden in der Rolle des Schiedsrichters und Friedenbewahrers. Es ist die pazifistische ideologische Verhüllung der alten, überholten und nicht mehr zu verwirklichenden Politik der balance of power, des Gleichgewichts der Kräfte, die, allzulange festgehalten, 1914 zum Ausbruch des Krieges so viel beigetragen hat und heute deshalb unbrauchbar ist, weil England selbst zu den Bedrohten gehört und seine Grenze an den Rhein gerückt ist.

Dieses Zusammenfließen imperialer (aber nicht imperialistischer) Bestrebungen mit den pazifistischen erklärt nicht nur die überaus große Empfindlichkeit und Schwäche der englischen Regierung gegen die Kritik und die Angriffe der Opposition, sie erklärt auch die merkwürdige Tatsache, daß die Führung der Außenpolitik in den Händen so hilfloser und unentschlossener Männer bleibt wie es Macdonald und Simon sind.

Englands Unentschiedenheit war lähmend für die P o l i t i k F r a n k r e i c h s. Seine Hoffnung, England für sich zu gewinnen, hat jedes selbständige Vorgehen in der kritischen Zeit des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund vereitelt. Barthous Politik war der erste, schon sehr späte Emanzipationsversuch. Die nächste Phase, die jetzt einsetzt, erfährt ihre Prägung durch das Verhalten der französischen Außenpolitik, die durch die Hilfsstellung Italiens, Rußlands, der Kleinen Entente gestärkt ist. Hat sie sich bisher von England bestimmen lassen, so muß sie jetzt versuchen, vollendete Tatsachen zu schaffen, die England bestimmen. Sie kann nicht auf neue Versuche eingehen, die die Machtverhältnisse nur wieder zugunsten Hitlers verschieben. Probleme wie die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund, der Abschluß der Rüstungsvereinbarung, sein Beitritt zu den Pakten müssen in den Hintergrund treten, so lange nicht eine n e u e M a c h t k o n s t e l l a t i o n durch den Abschluß der Bündnisse mit Rußland, Italien und der Kleinen Entente geschaffen ist. Das englische Vorhaben, zuerst Rüstungsvereinbarung und Völkerbundseintritt Deutschlands zu sichern, vereitelt erst recht beides und steigert

mit der Stärkung Deutschlands immer mehr die Kriegsgefahr. Umgekehrt, die Schaffung einer überlegenen Macht gegen Deutschland und der feste Entschluß, diese Ueberlegenheit mit allen notwendigen Mitteln aufrechtzuerhalten, ist die einzige Möglichkeit, den Krieg zu verhindern, an dessen Ende wahrscheinlich weniger der Sieg des völkerbefreienden Sozialismus als das Versinken in eine unabsehbar lange Zeit der Barbarei stände. Es ist zugleich die Möglichkeit, ein von der Aussichtslosigkeit des Wettrüstens überzeugtes und durch die fortschreitende finanzielle und wirtschaftliche Anstrengung erschöpftes Deutschland zu einer mit der Sicherheit Europas zu vereinbarenden Abrüstung und zu einer Rückkehr in den Kreis der friedensbereiten Staaten zu zwingen.

III.

Die Konferenz von Stresa bedeutete den Versuch Frankreichs, das im Augenblick erreichbare Maximum der englischen Unterstützung für die französische Politik der Militärbündnisse zu gewinnen. Im Ernstfall ist England doch gezwungen, gegen jeden Angriff Hitlers den Verteidigern seine Hilfe zu leisten. Frankreich kann also in hohem Maße eine Politik des »Als ob« führen, als ob nämlich diese durch die politische Realität gegebene Notwendigkeit bereits durch juristische Abkommen gesichert wäre.

Zwei vollendete Tatsachen hatte die französische Politik vor Stresa geschaffen. Frankreich hat beim Völkerbund Protest gegen den deutschen Vertragsbruch erhoben. Der Sinn dieses Vorgehens besteht darin, Deutschland, im Gegensatz zu dem Drängen Englands, Hitler vorerst unter allen Umständen in den Völkerbund zurückzuführen, den Wiedereintritt wegen seines völkerrechts- und völkerbundswidrigen Verhaltens zu sperren, solange nicht eine neue, für Frankreich akzeptable Vereinbarung zustande gekommen ist.

Der zweite und entscheidende Schritt war die Vereinbarung eines militärischen Bündnisses mit Rußland. Es handelt sich dabei zugleich um ein geschicktes Entgegenkommen an die englische Psychologie. Indem der Vertrag in eine Form gekleidet wird, die als französisch-russische Vereinbarung zur Ausführung der Sanktionsbestimmungen des Völkerbundsvertrages gegen den Angreifer erscheint, bleibt er im Rahmen des Völkerbundsstatuts, steht dem Beitritt Deutschlands und Polens offen und erfüllt doch seinen Zweck: jedem deutschen Angriff die vereinigte französisch-russische Militärmacht entgegenzustellen. Da Frankreich mit der Tschechoslowakei verbündet ist, diese mit Rußland einen analogen Vertrag schließen wird und Rußland die baltischen Staaten bereits zum Abschluß aufgefordert hat, kann mit der Verwirklichung des Ostpakts bei der bevorstehenden Reise Lavals nach Moskau gerechnet werden.

Diese französische Politik hat in Stresa zu einem Anfangserfolg geführt. Unterstützt von Mussolini, der seit dem Attentat auf Dollfuß seine Politik der Hilfsstellung für Hitler und der Gegnerschaft gegen Frankreich und Jugoslawien in ihr Gegenteil umzuwandeln gezwungen

war, hat sie England hinter sich hergezerrt. In der Tat stimmt England, ohne selbst ausdrücklich neue Verpflichtungen zu übernehmen, dem Ostpakt in der neuen Form zu. Ein zweideutiges Manöver Hitlers, in letzter Stunde Verwirrung zu stiften, blieb erfolglos. Seine der bisherigen Stellung schroff widersprechende Erklärung, Deutschland sei bereit, einem allgemeinen Nichtangriffspakt beizutreten, ohne dem Abschluß zweiseitiger Verträge anderer Mächte zu gegenseitiger Unterstützung gegen den Angreifer zu widersprechen und ohne selbst eine solche Verpflichtung einzugehen, konnte an der Billigung des bevorstehenden Abschlusses des französisch-russischen Vertrages zur gegenseitigen Hilfeleistung nichts mehr ändern.

Ebeno stimmte England einer für den 20. Mai nach Rom einzuberufenden Konferenz zu, zu der die Nachbarstaaten Oesterreichs einschließlich Deutschlands geladen sind. Auf der Basis des italienisch-französischen Uebereinkommens wird ein Pakt gegenseitiger (militärischer) Unterstützung zur Verteidigung der Selbständigkeit Oesterreichs abgeschlossen werden und Deutschland wird vor die Wahl gestellt sein, ihm beizutreten oder sich noch weiter selbst zu isolieren.

Schließlich — und das ist eine bedeutsame Bindung — erneuert England seine Verpflichtungen aus dem Locarno-Vertrag, was auch die erneute Garantie der Aufrechterhaltung der entmilitarisierten Zone einschließt. Der im Uebereinkommen von London in Aussicht genommene Luftpakt gegen den Angreifer soll auch Deutschland einschließen, wenn es sich der Organisation der europäischen Sicherheit durch gegenseitige Unterstützung gegen den Angreifer anschließt. Bis dahin aber können England, Frankreich und Italien unter sich — ohne Deutschland — solche Abkommen schließen. Diese militärischen Abkommen für den Westen, den Osten und Zentraleuropa rücken so an die erste Stelle. Von ihrem Druck erwartet man, daß Deutschland die Aussichtslosigkeit seiner Angriffsabsichten begreift und daß die Gefahr seiner Isolierung es schließlich einer internationalen Begrenzung der Rüstungen geneigter machen wird, nach deren Abschluß seiner Rückkehr in den Völkerbund kein Hindernis mehr im Wege steht.

Ob solche Erwartungen nicht mit mehr Vernunft rechnen als sie in dem nationalistisch-militaristischen Hitler-Deutschland zu finden ist, kann dahingestellt bleiben. Entscheidend ist, daß die Westmächte, die solange eine Diplomatie getrieben haben, die die Entwicklung der wirklichen Machtverhältnisse nicht sehen wollte, damit angefangen haben, die Machtkonstellation zu schaffen, die ihnen überhaupt erst wieder Bewegungsfreiheit gibt und das Gesetz des Handelns, das seit mehr als zwei Jahren ihnen von der deutschen Diktatur vorgeschrieben war, wieder in ihre Hände legt. So kann Stresa der Ausgangspunkt werden für eine Politik, die die akute Kriegsgefahr bannt, indem sie Hitlers Macht ohne Diplomatie endlich die Diplomatie überlegener Macht entgegensetzt, nachdem die Diplomatie ohne Macht Europa bis an den Abgrund des Krieges geführt hatte.

IV.

Die Entwicklung der Außenpolitik hat die **sozialistischen Parteien** in eine tragische Situation gebracht und es wäre Zeit, die Wirklichkeit zu sehen und die Konsequenzen sich klarzumachen. Die Tragik ist am größten für die beiden Parteien, die fast allein noch auf die Gestaltung der Außenpolitik Einfluß nehmen können, für die englische und französische Arbeiterpartei. Gegenüber der Tatsache, daß militaristisch-nationalistische Staaten entstanden sind, in denen die Volksmassen zu einem großen Teil in die Gefangenschaft der nationalsozialistischen Ideologie geraten sind, oder jedenfalls keinen Einfluß auf die Gestaltung der Außenpolitik üben, daß Japan und Deutschland zum Krieg parat machen und den Krieg jedenfalls als wichtigstes Mittel der Politik betrachten, hat die unter allen Umständen antimilitaristische Politik, die Ablehnung der Verteidigung jeden Boden verloren, ob sie sich nun radikal-revolutionär oder reformistisch-pazifistisch gebärdet. Angesichts der Gefahr eines unmittelbaren Einmarsches der nationalsozialistischen Armee ist die Vorstellung eines revolutionären Bürgerkrieges in Frankreich wohl nicht eine sozialistische Hoffnung und der Pazifismus der Labour Party ist bisher die stärkste Unterstützung Hitlers gewesen, hat ihm zu seinem außenpolitischen Triumph mit verholfen, ihm die Widergewinnung seiner Massenbasis erleichtert und verstärkt immer aufs Neue die Kriegsgefahr. Labours Schuld ist es, wenn in den Jahren 1933 und 1934 sich die sozialistischen Parteien des Westens nicht an die Spitze ihrer Nationen zur Abwehr der Gefahr gestellt haben, eine Abwehr, die einem noch ungerüsteten Deutschland gegenüber ohne Risiko zum Erfolg geführt hätte und den sozialistischen Parteien die Führung ihrer Nationen gebracht hätte. Vorbei, und was Du von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück. Was damals noch leicht, ohne Aufrüstung und ohne Vermehrung der militärischen Machtmittel möglich gewesen wäre, es ist heute sehr schwer geworden. Denn augenblicklich geht es um die Frage der Aufrechterhaltung der militärischen Ueberlegenheit einer Koalition gegen Deutschland und vielleicht gegen Japan und die Führung gelangt immer mehr in die Hand der Generalstäbe. Aber alles Sträuben ist vergebens. Die Wahl steht zwischen Abwehr oder Kapitulation. Und da die Kapitulation vor der größten und gefährlichsten Macht des Faschismus doch nicht Inhalt sozialistischer Politik sein kann, so bleibt nur die Abwehr möglich, die Abwehr in der einzig noch möglichen Form, der der militärischen Ueberlegenheit. Es ist ein historisches Unglück, daß es so gekommen, daß die englischen Sozialisten — und nicht sie allein — die grundstürzende Aenderung nicht rechtzeitig erkannt haben, die der Sieg des deutschen Nationalsozialismus in allen Fragen der Wirtschaft, der Kultur und der Politik bedeutet. Aber es wäre noch verhängnisvoller, in Irrtümern zu verharren, die aus der edelsten Gesinnung und aus einer ruhmreichen Tradition stammen, aber heute die Erkenntnis der Wirklichkeit verhindern und damit die Möglichkeit ihrer Gestaltung.

Nachlese zur verlorenen Schlacht

Von **Historikus.**

Max Klinger hat in seinem vortrefflichen Artikel »Eine verlorene Schlacht« im Februarheft dieser Zeitschrift alles Wesentliche zum Saarkampf gesagt, was augenblicklich ausgesprochen werden kann. Im Folgenden sollen einige kleine Nachträge gegeben werden, mit deren Hilfe vielleicht die Grundlinien der Saar-Situation noch deutlicher herauskommen werden.

I.

Klinger betont mit Recht, wie schwach stets im Saargebiet der Einfluß der Sozialdemokraten, und wie groß dort in »Saarabien« der Druck der regierenden Schwerindustrie gewesen ist. Es ist jedoch nützlich, sich diese Tatsache einmal zahlenmäßig mit Hilfe der Wahlstatistik vor Augen zu führen. Die deutsche Sozialdemokratie erreichte vor dem Kriege im gewissen Sinne ihren Höhepunkt bei den Reichstagswahlen von 1903. Bei jenen Wahlen eroberte die Sozialdemokratie unter anderm von den 8 Großberliner Mandaten 7 und von den 23 Mandaten des Königreiches Sachsen 22. Wie war damals das Ergebnis im Saargebiet? Das Saargebiet entspricht ungefähr den drei alten Reichstagswahlkreisen Merzig-Saarlouis, Saarbrücken und St. Wendel-Ottweiler. In diesen 3 Kreisen zusammen erhielten damals das Zentrum 55.000, die Nationalliberalen 37.000 und die Sozialdemokraten ganze 2000 Stimmen.

Die Nationalsozialisten des Saargebiets hatten mit irgendeinem Liberalismus nichts zu tun, sie waren die Vertreter der brutalen und terroristischen Schwerindustrie. Die Sozialdemokratie, als lebendige politische Bewegung, war damals tatsächlich im Saargebiet nicht vorhanden, und ebensowenig existierte der oppositionelle bürgerliche Liberalismus, den die Freisinnige Partei verkörperte. Ein großer Teil der Saararbeiter war »gelb«, und trug dazu bei, daß 2 von den 3 Saarwahlkreisen vor dem Krieg im Allgemeinen im sichern Besitz der Schwerindustrie blieben. Das Höchstmaß an Radikalismus, das die Saararbeiter sich erlaubten, war die Zugehörigkeit zu den christlichen Gewerkschaften. So wählten die Arbeiter, die nicht gelb waren, das Zentrum. Der Kreis Merzig-Saarlouis war eine feste Zentrumsburg. Aber auch hier ist es typisch, daß 1903 in Merzig als Zentrumsmann nicht etwa ein christlicher Gewerkschaftler gewählt wurde, sondern ein erzreaktionärer preußischer Richter: der berüchtigte Sittlichkeitsschnüffler und Oberlandesgerichtsrat R o e r e n, der den älteren Lesern dieser Zeitschrift noch in Erinnerung sein wird.

So lag der politische Spielraum des Saargebiets vor dem Kriege zwischen der Familie S t u m m, den Grubenkönigen, auf der einen Seite, und Herrn R o e r e n auf der andern Seite. Die Stärke der Sozialdemokratie aber war nicht einmal 2 Prozent der Wählerschaft. Es gibt kaum einen zweiten deutschen Industriebezirk, in dem die sozialistische und demokratische Tradition so schwach war, wie gerade das Saargebiet. Wenn auch nach dem Kriege der Prozentsatz der sozialistischen Stimmen bei den

Wahlen günstiger wurde, so wurde doch dadurch der Gesamtcharakter des Saargebiets nicht entscheidend verändert. Daher mußten beim Abstimmungskampf die Gegner Hitlers im Saargebiet auf einem Boden arbeiten, der für sie psychologisch so ungünstig war, wie nur möglich.

II.

Durch einen merkwürdigen Zufall hat Karl Marx im Jahre 1856 eine politische Situation am Rhein für möglich gehalten, die eine außerordentliche Aehnlichkeit mit den Bedingungen des Saarkampfes gezeigt hätte. Nach den Nachrichten, die Marx in seinem Londoner Exil empfing, schien es damals, als ob die ebenso brutale wie verächtliche Diktatur Napoleons III. in Frankreich vor dem Zusammenbruch stehe. Als Erben des Diktators kamen zunächst nicht die Arbeiter, sondern die bürgerlichen Republikaner in Betracht. Marx urteilte über diesen sogenannten linken Flügel des französischen Bürgertums während seines ganzen Lebens sehr skeptisch. Diese französischen Republikaner traten zwar gern als die Erben der großen französischen Revolution auf, besonders in ihrer Außenpolitik, aber zur selben Zeit bekämpften sie rücksichtslos die Forderungen des französischen Proletariats.

Ebenfalls im Jahre 1856 erschien in London bei Marx ein Vertrauensmann illegaler Arbeitergruppen aus dem Rheinland, besonders aus der Gegend von Düsseldorf und Elberfeld. Der Vertrauensmann berichtete, daß die Stimmung der rheinischen Arbeiter angesichts der preußischen Gegenrevolution überaus erbittert sei, und daß die Arbeiter dort bei der nächsten Gelegenheit losschlagen würden. Marx warnte die illegalen Gruppen am Rhein vor übereilten Schritten und empfahl ihnen, nur in dem Falle loszuschlagen, wenn bereits in Paris ein republikanischer Aufstand gesiegt habe.

Aus diesen Ueberlegungen schrieb Marx am 16. April 1856 an Engels. Der Brief von Marx zeigt die wunderliche Sprachenmischung, die er sich im Exil angewöhnt hatte. Es heißt in dem Brief u. a.:

> »Ich bin ganz Deiner Ansicht wegen der Rheinprovinz. Für uns ist das Fatale, daß ich looming in the future (auftauchen in der Zukunft) etwas sehe, was nach »Vaterlandsverrat« schmecken wird. Es wird sehr von der tournure (Wendung) der Dinge in Berlin abhängen, ob wir nicht gezwungen werden, in ähnliche Position zu kommen, wie in der alten Revolution die Mainzer Klubbisten. Ca sera dur (das wird hart sein!). Wir, die so enlightened (im Klaren) sind über unsere braven frères (Brüder) von jenseits des Rheins!«

Während der großen französischen Revolution hatten sich in Mainz usw. Klubs deutscher Demokraten gebildet, die eine Revolutionierung Deutschlands nach dem französischen Vorbild anstrebten. Da sich aber im übrigen Deutschland nichts regte, waren die rheinischen Demokraten gezwungen, sich der vordringenden französischen Armee in die Arme zu werfen. Marx befürchtete im Jahre 1856 eine ähnliche Entwicklung. Falls im Anschluß an die erwartete neue Pariser Revolution auch in Berlin die Revolution siegte, und sich so eine große deutsche Demokratie

bildete, war alles in Ordnung. Wie mußten aber die Dinge sich entwickeln, wenn zwar in Paris die bürgerlichen Republikaner siegten, im Anschluß daran ein deutsch-französischer Krieg ausbrach, die Massen in Berlin usw. aber ruhig blieben, und nur die sozialistischen Arbeiter am Rhein isoliert losschlugen?

Die Folge mußte sein, daß die deutschen Sozialisten und Demokraten am Rhein in ein unnatürliches Bündnis mit der bürgerlichen französischen Republik gerieten, also scheinbar zu »Verrätern« an der nationalen deutschen Sache wurden. Marx und Engels waren sich darüber völlig klar, wie peinlich und ungünstig eine solche Situation für die deutsche Arbeiterbewegung sein mußte. Aber man hatte, wenn die Dinge wirklich so liefen, keine andere Wahl. Es mußte wenigstens der Versuch gewagt werden, ob man nicht vom Rhein her die ganze Front der deutschen Gegenrevolution zersprengen konnte.

Die Lage der Kämpfer an der Saar war noch viel ungünstiger als die Situation, in die jene rheinischen Arbeiter 1856 geraten wären. Marx hat die Reife der Situation damals bei weitem überschätzt. Die wirkliche Lage war in Paris und am Rhein viel ungünstiger, als wie Marx von der Emigration aus sie sich vorstellte. Jedoch ist dies für das theoretische Problem gleichgültig. Die Isolierung der rheinischen Arbeiter und das unangenehme Bündnis mit dem französischen Kapitalismus wäre 1856 dadurch gekommen, daß die Rheinländer an revolutionärer Tatkraft die übrigen Deutschen übertrafen. Dagegen war jetzt an der Saar die Lage gerade umgekehrt. Die wirkliche Kampfkraft der Saarbevölkerung gegen Hitler war vielleicht, aus den besonderen historischen Gründen, schwächer als in jedem anderen Teile Deutschlands. Nur durch ganz besondere äußere Zufälle, die sich aus dem Wettkampf der europäischen kapitalistischen Mächte untereinander ergaben, war das Saargebiet politisch isoliert und wurde das Kampffeld der Abstimmung. Dennoch konnte die deutsche sozialistische Arbeiterbewegung dem Kampf nicht aus dem Wege gehen. Sie mußte ihn aufnehmen, ganz gleich, auf welchem Boden, mit welchen Verbündeten und mit welchen Aussichten. Ganz ebenso wie Marx und Engels 1856 ohne alle Illusionen einen entsprechenden isolierten Kampf des rheinischen Proletariats gebilligt hätten.

III.

Die Tatsache, daß die große Mehrheit der Saarbevölkerung katholisch ist, hatte ebenfalls den Anlaß zu manchen Illusionen über den Ausgang der Abstimmung gegeben. Manche Leute sind geneigt, den politischen Einfluß der katholischen Geistlichkeit auf ihre Gläubigen maßlos zu überschätzen. Wer z. B. jemals eine Anschauung vom irischen Volk gewonnen hat, wird zugeben müssen, daß es gewiß in der Welt keine Nation gibt, die an katholischer Frömmigkeit und Ergebenheit für den Klerus die Iren übertrifft. Wenn wirklich die katholische Kirche die Politik der Katholiken macht, dann müßte es in Irland mehr der Fall sein, als irgendwo anders. Dennoch zeigt gerade die irische Geschichte der letzten hundert Jahre, daß auch in diesem Lande die ökonomischen und sozialen,

und die daraus entstehenden politischen Bedingungen maßgebend waren, und nicht der Wille der Bischöfe. Die Politik des Irischen Freistaats wird augenblicklich von dem Kampf für und gegen die Tendenz beherrscht, die der Präsident De Valera verkörpert. Mit der Kirche hat das sehr wenig zu tun.

Die besondere taktische Schlüsselstellung der Zentrumspartei hat in Deutschland manchmal dazu beigetragen, daß auch urteilsfähige Beobachter die politische Macht der katholischen Kirche viel zu hoch bewerten. In Wirklichkeit hat der deutsche Katholizismus niemals einer großen Volksbewegung widerstehen können, ganz gleich, ob sie von rechts oder von links kam. So zwang 1870 die von Bismarck inszenierte bürgerlich-nationale Volksbewegung das katholische Bayern zur Teilnahme am Krieg mit Frankreich, obwohl die Bischöfe wahrlich an der Stärkung Preußens nicht interessiert waren. Ebensowenig konnte die bayrische Geistlichkeit im November 1918 die fromme Dynastie der Wittelsbacher davor bewahren, daß der Freidenker Eisner sie wegjagte.

Eine andere, ebenso charakteristische, Episode spielte sich 1916 innerhalb der katholischen Geistlichkeit Bayerns ab. Es war die Zeit, in der die deutsche Innenpolitik von dem Streit für oder gegen den verschärften U-Boot-Krieg beherrscht wurde. Die Propaganda der Alldeutschen für den U-Boot-Krieg galt nicht nur diesem Kriegsmittel, sondern sie war darüber hinaus ein Machtkampf der preußischen Großgrundbesitzer und Schwerindustriellen gegen ihre innerpolitischen Gegner. Obwohl diese Zusammenhänge ziemlich klar waren, wurde damals ein großer Teil der katholischen Bauern Bayerns, nebst ihren Priestern, von der alldeutschen Agitation mitgerissen. Der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg wurde von den Alldeutschen hart bedrängt, und dem bayrischen Ministerpräsidenten Hertling ging es nicht besser. In seiner Not schickte Hertling seinen persönlichen Vertrauensmann, den Schriftsteller Viktor Naumann, zu dem Erzbischof von München, Kardinal von Bettinger. Der Erzbischof sollte dafür sorgen, daß die Pfarrer ihre alldeutsche Propaganda von der Kanzel herab einstellten. Naumann hat in seinem Buch, »Dokumente und Argumente« diese seine Mission sehr hübsch geschildert. Er hatte nicht viel Erfolg, denn es stellte sich dabei heraus, daß der Erzbischof selbst sich vollständig zu den alldeutschen Gedankengängen bekehrt hatte!

Man wird zugeben, daß die Hitlerbewegung auf jeden Fall an Stoßkraft und Volkstümlichkeit die alldeutsche Propaganda während des Weltkrieges bei weitem übertrifft. Wenn 1916 die bayrische katholische Kirche vor den nationalen Parolen der preußischen und militaristischen Alldeutschen wehrlos zusammenbrach, welche Widerstandskraft hätte man danach im Jahre 1935 von der katholischen Kirche des Saargebiets gegen den hitlerischen Nationalismus erwarten können?

Der Kampf zwischen Plan und Markt in der Sowjetunion

Von **A. Jugow.**

I.

Seit dem 1. Januar 1935 ist das System der Lebensmittelkarten für Brot, Mehl und andere Getreideprodukte durch Verfügung der Sowjetregierung abgeschafft. Nach dem Referat des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Molotov auf der letzten Plenartagung des kommunistischen Zentralkomitees ist überdies die Beseitigung der Brotkarten als erster Schritt auf dem Wege zur vollständigen Beseitigung des Bezugskartensystems, zum mindesten für Gegenstände des Massenbedarfs, gedacht.

Die Rückkehr zum »offenen« Brotverkauf ist möglich geworden dank der Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion einerseits, dem erheblichen Anwachsen der Getreidevorräte in den Händen des Staates anderseits. »Die Brotressourcen des Staates sind bis zu ungeahnten Ausmaßen angewachsen ... Wir werden in der Lage sein, die gesamte Nachfrage nach Getreide, selbst wenn der Verbrauch erheblich zunehmen sollte, zu decken«, so heißt es in dem Molotovschen Referat. In der Tat verfügt der Staat über gewaltige Getreidemengen; ohne ausreichende Vorräte hätte sich die Sowjetregierung ja auch nie zur Abschaffung der Brotkarten entschlossen. Daß im Verlauf der letzten Jahre Millionen von Menschen in der Sowjetunion Hunger leiden mußten, war nicht etwa die Folge schlechter Ernteergebnisse: das Brot war knapp, weil der Staat den Bauern zwangsweise Getreide wegnahm, um seine Speicher aufzufüllen.

Jetzt ist die Menge des eingelagerten Getreides (etwa 1.5 bis 2 Millionen Tonnen) so groß, daß der Staat den offenen, unrationierten Verkauf von Brot und sonstigen Mühlen- und Bäckereierzeugnissen gestatten kann. Die Brotversorgungsschwierigkeiten ließen sich unter Aufrechterhaltung des bisherigen Rationalisierungssystems offenbar nicht ausschalten; das System als solches mußte zu diesem Zweck geopfert werden. Freilich bietet auch der Weg, den der Sowjetstaat jetzt beschreitet, keine Gewähr dafür, daß die negativen Auswirkungen der Lebensmittelrationierung mehr oder minder gründlich behoben werden können. Dem Bezugskartensystem wird man gewiß nichts Gutes nachsagen. Der freie Verkauf von Lebensmitteln in den staatlichen Verkaufsstellen wird auch bis zu einem gewissen Grade die »Mechanisierung« und den »Automatismus«, wie sie für jedes auf einer Knappheit von Lebensmitteln beruhende Rationierungssystem charakteristisch sind, beseitigen können. Aber im Entscheidenden haften die Mängel des bisherigen Verteilungssystems — Bürokratismus, Protektionismus, Mißachtung der Konsumenteninteressen, Unwirtschaftlichkeit und Korruptionserscheinungen — nicht allein den geschlossenen Bezugsstellen an, die sind ebensosehr auch das charakteri-

stische Merkmal aller Organe des verstaatlichten Sowjethandels. Die Fehlerquellen wurzeln in dem niedrigen allgemeinen Kulturniveau sowohl des Konsumenten wie auch des Verkäufers, in der unzureichenden Ausdehnung des Verteilungsnetzes, in den schlechten Transportverhältnissen und der mangelhaften Kenntnis des Marktes. Der Marktstruktur der Sowjetunion mit ihren gewaltig ausgedehnten und schwach bevölkerten Wirtschaftsräumen entspricht eher eine Organisation der Versorgung durch ein dichtes Netz von Vermittlern und ambulanten Händlern als die Konzentrierung der Verteilung in den Händen weniger monopolistischer Handelstrusts.

In einem Lande, in dem die objektiven Voraussetzungen hierzu fehlen, will nun die Sowjetregierung auch künftighin ein System beibehalten, bei dem die Ware zentral von Amtskanzleien aus, die den Markt nicht kennen, verteilt wird, bei dem jeder Warenposten, ehe er den Verbraucher erreicht, 5 bis 7 Instanzen der Staatshandelsorganisation durchlaufen muß; mehr noch: die gesamte Technik der Warenverteilung bis zu den winzigsten Details will der Staat nach wie vor im ausschließlichen Monopol seines Handelsapparates behalten. Diese entscheidenden Mängel des Systems könnten aber nur ausgeschaltet werden, wenn der Staat sich im jetzigen Stadium der Verteilungsorganisation entschlösse, auf die durchgängige Monopolisierung des gesamten Großhandels wenigstens teilweise zu verzichten und den Kleinhandel den Verbrauchergenossenschaften zu überlassen, die dann allerdings entstaatlicht werden und auf freier Mitwirkung der Verbraucher selbst beruhen müßten.

Ein zweites bedenkliches Moment der neuen Reform liegt in der Problematik der Befriedigung der vordringlichsten Bedürfnisse der werktätigen Massen. Nachdem die Arbeiter die Lebensmittel nicht mehr auf Karten beziehen können, sondern wie alle andern in den staatlichen »offenen« Geschäften und Läden kaufen müssen, hat der Staat die Durchführung einer allgemeinen Lohnerhöhung für geboten erachtet. Im Durchschnitt — die Zuschläge variieren für die verschiedenen Kategorien — beträgt die durchgeführte Lohnerhöhung 10 Prozent, bezw. 15 bis 25 Rubel pro Monat. Demgegenüber ist von gewerkschaftlicher Seite berechnet worden, daß die Beseitigung der rationierten Lieferung von Brot und Mehlprodukten das Monatsbudget des Arbeiters um 31 Rubel monatlich belastet. Daneben sind aber auch die Preise der öffentlichen Wirtschaften und Fabrikkantinen gestiegen, und auch kommunale Tarife, Mieten usw. zeigen eine steigende Tendenz. Soweit die Wiedereinführung des unrationierten Brotverkaufs mit einer der tatsächlichen Steigerung der Lebenshaltungskosten wirklich entsprechenden Erhöhung der Löhne nicht Hand in Hand geht, bringt sie den breiten Massen fürs erste keine Hebung, sondern eine beträchtliche Senkung des Lebensstandards.

II.

Die Reform birgt aber auch noch andere Folgen in sich, die im weiteren Verlauf von großer Bedeutung für die Sowjetwirtschaft sein werden. Denn wenn sie nicht eine vergängliche Notmaßnahme ist, sondern einen

wirklichen, wenn auch nur schrittweise sich vollziehenden Uebergang zum offenen staatlichen Verkauf aller Produkte des Massenkonsums einleitet, so bedeutet sie das folgenschwere Eingeständnis, daß der Staat kraft objektiver Gegebenheiten außerstande gewesen ist, seine Sozialisierungsprinzipien bei der Verteilung der Produktion, also in einem der entscheidenden Wirtschaftssektoren, zu verwirklichen.

Eine der Hauptthesen der »Generallinie« war die Abkehr vom Handel, die Einführung der direkten Verteilung der Produktion durch den Staat. Die Notwendigkeit der rationierten Verteilung wurde von maßgeblichen Sowjetwirtschaftlern gerade damit gerechtfertigt, daß der Uebergang zu den Methoden der direkten Verteilung angesichts des Erstarkens der Sowjetmacht möglich werde; im System der Bezugskarten sah man »die Form des unmittelbaren Hinüberwachsens des Geldcharakters des Warenaustauschs in ein sozialistisches Verteilungssystem«. Jetzt sind alle Hoffnungen der ersten Phase der Generallinie auf »Ersetzung der Warenzirkulation durch Austausch der Produkte«, »direkte Verteilung«, »Verwirklichung der vollständigen Liquidierung des Geldes«, »Verwandlung des Geldes in Warenscheine und Bezugsanweisungen«, fallen gelassen oder in weite Ferne gerückt, und die Lebensmittelrationierung erscheint in der Darstellung der Sowjetpresse nur noch als vorübergehend erforderlich gewesene Notmaßnahme. Der Handel siegt von neuem, nicht die »Verteilung nach dem Klassenprinzip«.

Der Sieg des Handels bedeutet aber, vor allem wenn sämtliche Gegenstände des Massenbedarfs und der gewaltige Umsatz zwischen Stadt und Land (rund 30 Milliarden Rubel) in den Prozeß der kommerziellen Warenzirkulation einbezogen werden, die Wiederherstellung der entscheidenden Bedeutung des Marktes für die Sowjetwirtschaft. Das bedeutet wieder eine grundlegende Umwandlung des gesamten Systems der Planwirtschaft, aller Methoden und Mittel der staatlichen Wirtschaftspolitik. Planwirtschaftliche und marktwirtschaftliche Faktoren führen trotz ihrem Nebeneinanderbestehen einen ständigen Kampf um das Uebergewicht im Rahmen der Sowjetwirtschaft. War die NEP der Sieg eines gemischtwirtschaftlichen Systems, so brachte die Aera der Generallinie einen fast absoluten Triumph des Systems zielstrebiger Planung. Im Rahmen dieses Systems richtete sich der Wirtschaftsplan nicht mehr nach den Tendenzen und Erfordernissen des Marktes, sondern ausschließlich nach den Zielsetzungen und Direktiven der den Staat beherrschenden Partei. Jetzt schafft die neue Reform wieder die objektiven Voraussetzungen für eine zunehmende Bedeutung des Marktes und führt somit dazu, daß die staatlichen Wirtschaftspläne unter genauester Beachtung der Marktgesetze und -Tendenzen aufgestellt und durchgeführt werden müssen. Die unmittelbare Planwirtschaft, wie sie bis jetzt in der Verteilung bestand, muß in weitem Maße durch mittelbare staatliche Regulierung ersetzt werden.

Die Rolle des Marktes, der Gesetze von Angebot und Nachfrage, des Preisautomatismus muß an Bedeutung zunehmen, zumal wenn man bedenkt, daß die riesigen Ströme Getreide nur über den Markt

vom Bauern als Produzenten zum Staat und vom Staat zu den Konsumenten fließen werden. Natürlich kann und muß der Staat, der über große Getreidemengen verfügt, die Marktpreise beeinflussen; aber sogar die Erfahrungen mit dem sogenannten »Kolchos-Handel« — dem unmittelbaren, wenn auch beschränkten Getreideverkauf durch Kolchosen und einzelne Kolchosmitglieder — haben bewiesen, daß der Marktmechanismus nicht nur so wirkt, daß es dem Staate gelingt, die Kleinhandelspreise in gewissem Umfang zu senken, sondern daß auch umgekehrt der Staat gezwungen werden kann, die Preise, zu denen er Getreide aufkauft, zu heben. Der Markt wird das Kampfterrain werden, auf dem die Auseinandersetzung zwischen Staat und Bauern um den von den Bauern produzierten Teil des Volkseinkommens mit aller Schärfe und Entschiedenheit ausgefochten werden wird. Erinnert man sich daran, daß die Milliarden, die zur Finanzierung sowohl des ersten als auch des zweiten Fünfjahresplanes benötigt wurden, nur dadurch aufgebracht worden sind, daß der Staat bis zu 40 Prozent des Bruttoeinkommens der Bauern mit Beschlag belegte, so wird man sich vollends ein Bild davon machen können, welches die Rolle des Marktes im System der Sowjetwirtschaft fürderhin sein wird.

Eine der wichtigsten Folgen der Reform des Kaufs und Verkaufs von Getreide und Brot wird die neuerliche Zuspitzung des Währungsproblems sein. Schon die Notwendigkeit, für die Durchführung der Getreideeinkaufs- und Verkaufstransaktionen Milliardenbeträge zirkulieren zu lassen, wird es mit sich bringen, daß das Geld seine volle Bedeutung wiedergewinnt. Anderseits wird die unumgängliche Erhöhung der staatlichen Aufkaufspreise für Getreide und Agrarrohstoffe sowie der Arbeiterlöhne in all ihren Formen weitere Milliarden in den Notenumlauf lenken. Damit wird das Problem der Schaffung einer wertbeständigen und nicht mehr verschiedendeutigen Geldeinheit in voller Größe aufgeworfen. Während beim System des »geschlossenen« Handels und der Verteilung »nach dem Klassenprinzip« Bargeld für die Transaktionen der staatlichen Organisationen kaum benötigt wurde und der Rubel daneben verschiedene Kaufkraft je nach der sozialen Lage seines Inhabers hatte, je nachdem, ob es sich um einen Rekordarbeiter, einen Ausländer, einen nichtprivilegierten Arbeiter, einen Bauern oder einen ehemaligen Bourgeois handelte, wird jetzt — bei offenem Handel — ohne eine wertbeständige und für alle Gesellschaftsschichten wertgleiche Währung nicht auszukommen sein. Dem Staat wird damit die Aufgabe zufallen, den Uebergang zum freien Warenumsatz ohne Mißbrauch der Notenpresse (Inflation) zu bewältigen, denn die Gesetze des Geldmarktes werden nunmehr uneingeschränkt wirksam sein.

Die im Hinblick auf die soziale Struktur der Sowjetordnung sehr wesentliche Tatsache, daß der »offene« Handel auch in Zukunft ausschließlich den Organen des Staatshandels vorbehalten bleibt und nicht etwa die Wiederzulassung privater Händler bedeutet, ändert nicht das Geringste an der künftigen ökonomischen Bedeutung des Geld- und Warenmarktes. Damit wird aber ein völlig neuer Faktor in das ganze

System der Sowjetökonomie eingeschaltet und zugleich mit aller Deutlichkeit der »gemischtwirtschaftliche«, nicht sozialistische Charakter des bestehenden sowjetrussischen Wirtschaftssystems dargetan.

III.

Eine grundlegende Wandlung erfahren mit der Einführung des neuen Systems Rolle und Gewicht der Arbeiterlöhne. Bis jetzt war der in bar gezahlte Bestandteil des Lohnes nicht entscheidend. Lebensmittel auf Karten, Extrarationen für Rekordarbeiter, Speisung in öffentlichen Wirtschaften, Wohnung, kommunale Dienste, ärztliche Hilfe, soziale Einrichtungen: das alles stand den Arbeitern auf Grund ihrer Klassenlage gegen geringe, häufig sogar gegen rein nominelle Bezahlung zur Verfügung. Damit war ihnen eine zwar kärgliche, aber doch bevorzugte und vor allem stabile Lebenssituation gesichert. Künftig wird der Arbeiter seinen gesamten Lebensmittelbedarf zum durchschnittlichen Marktpreise decken müssen; aber auch der »sozialisierte« Teil des Lohnes wird ihn förderhin wesentlich höher zu stehen kommen, da sich die allgemeine Teuerung unweigerlich auch in einer Heraufsetzung der kommunalen Tarife, der Mieten usw. auswirken wird. Künftig wird also gerade der Barlohn das Lebenshaltungsniveau der Werktätigen in der UdSSR bestimmen. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint als besonders besorgniserregend die Tatsache, daß die Löhne laut Regierungsverfügung nur minimal und keineswegs im Verhältnis zur allgemeinen Teuerungstendenz erhöht werden.

Dabei ist von entscheidender Bedeutung, daß das neue Verteilungssystem in der Richtung der Vertiefung und Beschleunigung der sozialen Differenzierungsprozesse innerhalb der werktätigen Massen wirksam werden muß. Die vorgesehene Reform verwischt, ja vernichtet geradezu das Klassenprinzip in seinem bisherigen Sinne. Sie bedeutet in ihrem Endergebnis, daß sich an dem einen Pol alle die finden werden, die genug Geld haben, um in den sogenannten »Gastronom«-Luxusgeschäften alle Delikatessen zu kaufen, nach denen es ihnen gelüstet, während an dem andern Pol die große Masse der werktätigen Bevölkerung zusammengedrängt werden wird. Natürlich werden nicht nur der hochgestellte Spezialist und der Beamte mit nicht ganz durchsichtigen Nebeneinnahmen die Möglichkeit haben, sich Kaviar und Kuchen zu leisten, sondern auch eine erhebliche Schicht der bestbezahlten Qualitätsarbeiter. Bedenkt man aber, daß Ende 1934 der durchschnittliche Monatslohn 150 Rubel betrug und jetzt nach Durchführung der zehnprozentigen Lohnerhöhung 165 Rubel betragen wird (die Angaben sind dem Referat Kujbyschevs, des Vorsitzenden des Staatlichen Planausschusses, auf dem Moskauer Bezirkskongreß der Sowjets vom 3. Januar d. J. entnommen), während der Brotpreis auf 0.80 bis 1.10 Rubel je Kilo festgesetzt worden ist, so wird man sich leicht ausrechnen können, daß Millionen von Arbeitern, deren Löhne dem Durchschnittssatz entsprechen oder noch niedriger sind, durch Abschaffung des gesicherten rationierten Lebensmittel-

bezugs zu einem halben Hungerdasein oder jedenfalls zu einer recht kärglichen Lebenshaltung verurteilt sind. Wer weder Rekordarbeiter noch Doppelverdiener noch hochqualifizierter Spezialarbeiter ist, wird nach der Abschaffung des Bezugskartensystems für sein ganzes Monatsgehalt gerade 150 bis 200 Kilo Brot kaufen können. Wie klein diese reale Kaufkraft der Arbeiterlöhne — selbst unter russischen Verhältnissen — ist, läßt sich daran ermessen, daß im zaristischen Vorkriegsrußland der Monatsverdienst eines Textilarbeiters dem Werte von 300 kg Brot, der eines Bergarbeiters dem Werte von 600 kg Brot entsprach.*) Gewiß stehen jetzt alle erwachsenen Angehörigen des Arbeiterhaushalts in bezahlter Arbeit, was vor dem Kriege nicht der Fall war, und ebenso wirkt der »sozialisierte Lohn« kaufkrafthebend; dennoch erscheint der vorgesehene Reallohn des Durchschnittsarbeiters als so geringfügig, daß man sich kaum vorstellen kann, wie sich damit auskommen läßt. Daneben gibt es aber auch noch Millionen von Arbeitern, deren Löhne weit unter dem allgemeinen Lohndurchschnitt liegen!

Die jetzt in Angriff genommene Versorgungsreform führt Molotov auf den Wunsch der Sowjetregierung zurück, den Bedürfnissen der breiten Massen entgegenzukommen. Kein Zweifel, daß die Träger des Sowjetsystems subjektiv durchaus diesen Wunsch hegen. Nachdem sie sich von der Unzulänglichkeit des Bezugskartensystems in der Praxis haben überzeugen müssen, suchen sie jetzt, um die Arbeitermassen nicht gegen sich aufzubringen, nach einem Ausweg in der Richtung des »offenen« Handels. Wenn aber die Sowjetregierung nicht gleichzeitig dazu schreitet, die Löhne aller Arbeiterkategorien um ein Beträchtliches zu erhöhen, — und das müßte die Revision des gesamten Planes der Verteilung des Volkseinkommens, die Beschneidung der für die Industrialisierung ausgesetzten Kapitalien und eine Umstellung in der Bauernpolitik zur Voraussetzung haben, — wird das objektive Ergebnis der vereinzelt bleibenden Reformmaßnahme eine tiefgreifende Schichtung, eine Differenzierung der Arbeiterklasse sein. In vollem Umfang werden aus der neuen Reform die zu Schiebern gewordenen ehemaligen Bourgeois, die Würdenträger und sonstigen hochgestellten Persönlichkeiten, Elemente, die sich im Rahmen der Sowjetgesellschaft von neuem gebildet haben, Nutzen ziehen; eine gewisse Erleichterung werden einige Schichten von Spezialarbeitern und Angestellten verspüren; die Gesamtmasse der Arbeiter aber wird leer ausgehen und einem entbehrungsreichen Dasein ausgeliefert sein. Die Tendenz zur Loslösung des Staates von den breiten Arbeitermassen erhält somit erstmalig eine klar umrissene materielle Basis.

IV.

Auf der anderen Seite wird sich im Zuge der neuen Reform die Spannung zwischen Staat und Bauern ernsthaft verschärfen. Auch bisher hat der Staat für die landwirtschaftlichen Produkte, die er

---

*) Vgl. Strumilin, »Entlohnung der Arbeit in Rußland«, in »Planovoe Chozjajstvo«, 1930, Nr. 4.

den Bauern fortnahm, zu wenig gezahlt; jetzt muß der Bauer diese Seite der Sowjetpolitik mit besonderer Schärfe zu spüren bekommen. Im Herbst 1934 haben sowohl Einzelbauern wie Kolchosbauern trotz unverkennbarer Mißernte in einer Reihe von Bezirken Getreide »in ungeahnten Ausmaßen« an den Staat liefern müssen. Geliefert wurde zu dem äußerst niedrigen staatlichen Aufkaufspreis, 0.07 bis 0.10 Rubel je Kilo Weizen. Und jetzt — ab Januar 1935 — werden in den Dörfern Brotläden und Verkaufsstände errichtet, in denen die Bauern Brot und Mehl zum Zehn- bis Zwölffachen des Aufkaufspreises vom vorigen Herbst kaufen dürfen! Dieser Mechanismus soll aber auch weiterhin spielen. In dem Bestreben, die ganz natürliche Unzufriedenheit der Bauern einzudämmen, hat die Regierung eine Erhöhung der Aufkaufspreise um 10 Prozent für zwangsweise abgeliefertes, um 20 Prozent für freiwillig darüber hinaus zum Verkauf gebrachtes Getreide angeordnet. Sind aber solche »Zugeständnisse« dazu angetan, die Kolchosmitglieder oder die Einzelbauern zu gesteigerter und qualifizierterer Arbeitsleistung anzuhalten? Treiben sie die Bauern nicht viel eher auf den Weg verschärfter passiver Resistenz, zwingen sie sie nicht, neue Kunstgriffe zu erfinden, um den Wirkungen einer Politik zu entgehen, die ihnen nicht einmal die Erstattung der Produktionskosten sichert?

Der Interessengegensatz zwischen Staat und Bauern, zwischen Ueberindustrialisierungspolitik und Förderung der Landwirtschaft tritt im Rahmen der neuen Reform nackt und unverhüllt zutage. Doch ist die internationale und die innere Lage des Sowjetstaates gegenwärtig nicht so günstig, daß ein offener und akuter Zusammenstoß mit den Bauern riskiert werden könnte, und es ist anzunehmen, daß der Staat zu weiteren ernsthaften Umstellungsmaßnahmen sowohl im wirtschaftlichen wie im politischen System gezwungen sein wird.

Die kürzlich angekündigte *Demokratisierung des Wahlsystems*, die laut Entschließung vom 6. Februar die Gleichstellung der bäuerlichen mit den proletarischen Wählern und die Einführung direkter Wahlen mit geheimer Abstimmung vorsieht, könnte zu einer wichtigen Maßnahme auf dem Wege der Versöhnung zwischen Staat und Werktätigen, in erster Linie zwischen Staat und Bauern, werden. Sie kann das aber nur, wenn sie tatsächlich der *erste Schritt* in der Richtung der Verwirklichung eines neuen Kurses ist. Daß die allgemeinen Wahlen erst für 1938 oder 1939 vorgesehen sind und daß die Aufstellung der Kandidaten nach wie vor *ausschließlich* der Kommunistischen Partei vorbehalten bleibt, veranlaßt dazu, die Ernsthaftigkeit einer allgemeinen Umorientierung der Politik der Sowjetdiktatur einstweilen noch recht skeptisch zu beurteilen.

Die Sowjetregierung steht sichtlich vor der *Alternative*: entweder den Uebergang zu einer realistischen Wirtschaftspolitik mit einer politischen Demokratisierung des Regimes, mit freier Aktivität der Werktätigen und Wiedereinführung einer Arbeiterdemokratie zu verbinden oder aber — auf den Weg der thermidorianischen Entartung hinabzugleiten. Innerhalb der regierenden Schicht der Sowjetunion kämpfen diese beiden

Tendenzen miteinander. Welche von ihnen die Oberhand behalten wird, ist von überragender Bedeutung nicht nur für die russische Revolution, sondern auch für das gesamte internationale Proletariat.

Spontaneität und Klassenbewußtsein

Von Werner Worker.

Von der Wissenschaft zur Utopie.

Der im Nationalsozialismus sich manifestierende Aufbruch des Kleinbürgertums ist von einem ideologischen Einbruch in die alte Arbeiterbewegung begleitet, da dieser auch kleinbürgerliche Existenzen und Teile der Intelligenz angehören. Dementsprechend tauchen in ihr heute Gedankengänge auf, die, wären sie richtig, den Zusammenbruch des Marxismus bedeuteten. Denn wenn man, wie z. B. Miles, in dem Sieg des Nationalsozialismus einen neuen Beweis dafür erblickt, daß »die Massen« spontan nicht zum Sozialismus, sondern zum Faschismus und sonst wohin kämen und aus diesem Grunde die marxistische Bewußtseinslehre nicht mehr aufrechtzuerhalten sei, so verkündet man in Wirklichkeit den Zusammenbruch des Marxismus. Denn der Marxismus steht und fällt mit seiner Bewußtseinslehre. Beruht sie auf falschen Voraussetzungen, so muß das ganze Gebäude zusammenstürzen.

Am 1. Mai 1890 schrieb Engels in einem neuen Vorwort zum »Kommunistischen Manifest« u. a. folgendes:

> »Für den schließlichen Sieg der im Manifest aufgestellten Sätze verließ sich Marx einzig und allein auf die intellektuelle Entwicklung der Arbeiterklasse, wie sie aus der vereinigten Aktion und der Diskussion notwendig hervorgehen mußte«.

Die im Manifest skizzierte Entwicklung der Arbeiterklasse und der Menschheit wird zu einer utopischen Konstruktion, wenn dieser Kernsatz bestritten wird. Die große Kampfschrift gegen den utopischen Sozialismus würde nun nach fast hundert Jahren selbst den herrlichen, aber doch geschichtswidrigen Theorien der Utopisten zuzurechnen sein. Der Fortschritt in der Geschichte, die Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung, das Absterben des Staates, die klassenlose Gesellschaft und das Herannahen eines Reiches, das darum das »Reich der Freiheit« ist, weil die Menschen von nun an mit vollem Bewußtsein ihre Geschichte selbst machen, alles dies und also die Freiheit selbst, wird in Frage gestellt, wenn die marxistische Bewußtseinslehre tatsächlich auf falschen Voraussetzungen beruhen sollte. Die Geschichte könnte ihren Sinn nur kleinen, irgendwie besonders begnadeten Minderheiten offenbaren. Versagen sie, dann nimmt sie einen anderen, schlimmeren Verlauf. Ausgezogen, um den »marxistischen Fatalismus« zu vernichten, der in der Theorie vom notwendig oder spontan entstehenden Klassenbewußtsein enthalten sein soll, landen diese »Aktivisten« bei einem Fatalismus, der zur Tragödie der Freiheit wird. In der einen Hand Spenglers »Untergang des Abendlandes«, in der anderen

das »Kommunistische Manifest«, treten sie vor die geplagte Menschheit, um zu erklären: was von beiden Wahrheit wird, hängt davon ab, ob ihr unsere Mission anerkennt. Aber die Arbeiter erinnern sich, daß der Inhalt des Manifests ja gerade die Abrechnung mit den Menschheitsbeglückern ist, denen es entgegenschmetterte: »Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selber sein.« Und gestützt auf die herben Erfahrungen im Kampfe gegen den Kapitalismus überlassen sie die Utopisten von heute dem Schicksal ihrer Vorgänger.

Das Bewußtsein als Produkt der Spontaneität.

In voller Uebereinstimmung mit Lenin und allen von ihm ausgehenden Gruppen bestreitet Miles die Richtigkeit der marxistischen Bewußtseinslehre und damit der materialistischen Geschichtsauffassung. Auch er stellt dem »spontanen Prozeß der Massen« die »bewußte Tätigkeit der Führung« gegenüber. Wie bei Lenin allein die Intelligenz »zum richtigen sozialistischen Bewußtsein« kommen kann, so bleibt, wenn auch unausgesprochen, für Miles nur diese Schicht als Träger sozialistischen Bewußtseins übrig. Nachdem aber die Arbeiter des »Petersburger Kampfbundes« in ihrem gegen Lenin gerichteten Kampf um die Organisationsdemokratie schon vor Jahren bewiesen haben, daß sie den Marx anders auffassen als Lenin, kann der im entwickelten Deutschland entstehende Neobolschewismus schon gar nicht mit dem Anspruch auftreten, der richtige Marxinterpret zu sein. So geben die Ideologen offen zu, daß sie den Marxismus in einer Frage für revisionsbedürftig halten, während Lenin, der damals im Kampf gegen einen starken Revisionismus stand, es politisch für zweckmäßiger hielt, seine auf russischem Boden gewachsenen Auffassungen als »orthodoxen Marxismus« zu verteidigen. Aber dieser Unterschied spricht gegen Miles. Denn der Leninismus war der theoretische Ausdruck der sich in Rußland in besonderen Formen vollziehenden Revolution, während in Deutschland jede Vortruppmystik heute nur dazu beiträgt, die Arbeiter den verschiedensten staatskapitalistischen Bestrebungen, die aus militärischen und nationalistischen Kreisen kommen und in den nächsten Jahren das Gesicht Deutschlands bestimmen werden, auszuliefern. Um die Frage: wer hat das richtigste sozialistische Bewußtsein, wer also soll die Proleten in den »Sozialismus« hineinkommandieren, wer soll wen in die Verbannung schicken, wer soll Stalin, wer Sinowjew sein, wird es noch häßliche Cliquenkämpfe geben, die dazu beitragen werden, der Avantgardemystik die Grundlage zu entziehen. Die Arbeiterklasse wird diese Kämpfe allmählich als den Ausklang und die Verfallserscheinungen des bürgerlichen Revolutionarismus und als die Ankündigung des Beginns ihrer eigenen Rolle begreifen.

Sowohl Lenin als auch Miles mußten die marxistische Bewußtseinslehre revidieren. Denn was ist die Konsequenz der Marxschen Hauptthese, daß »es nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein ist, das ihr Bewußtsein bestimmt«? Doch wohl diese, daß die Intelligenz als Schicht des Bürgertums bürgerliches Bewußtsein und das Proletariat als Klasse proletarisches Bewußtsein ent-

wickeln muß, das auf einer bestimmten Entwicklungsstufe sozialistisches Bewußtsein wird. Miles wie Lenin stülpen dieses Verhältnis aber genau um, kehren also zu jener idealistischen Geschichtsauffassung zurück, die Marx durch seine These vom Bewußtsein gerade überwinden mußte. Notwendigerweise erscheinen die Massen wieder, wie vor Marx, als die an sich geschichtslosen, willenlosen und richtungslosen Haufen, die in Dumpfheit dahinbrüten und auf die formende Avantgarde warten wie das Material des Künstlers auf die schöpferische Hand. Und das führt zu jener Auffassung, die Robert Owen einmal so kennzeichnete:

> »Der Mensch wird ein wilder großer Barbar, ein Kannibale oder ein hochzivilisiertes und gütiges Wesen, je nach den Verhältnissen, in die er von Geburt an versetzt ist.«

Marx hat gegen diesen mechanischen Materialismus seine dialektische Auffassung gesetzt und in den Thesen über Feuerbach betont:

> »Die materialistische Lehre, daß die Menschen Produkte der Umstände und der Erziehung, veränderte Menschen, also Produkte anderer Umstände und geänderter Erziehung sind, vergißt, daß die Umstände eben von den Menschen verändert werden und daß der Erzieher selbst erzogen werden muß. Sie kommt daher mit Notwendigkeit dahin, die Gesellschaft in zwei Teile zu sondern, von denen der eine über der Gesellschaft erhaben ist. (Z. B. bei Robert Owen.)
>
> Das Zusammenfallen des Aenderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als umwälzende Praxis gefaßt und rationell verstanden werden.«

An anderer Stelle drückte Marx das so aus: »Indem der Mensch durch diese Bewegung (Körperbewegung) auf die Natur außer ihm wirkt, und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur.« So ist aus dem Tier der Mensch geworden, und so wird aus dem unterdrückten Menschen der freie Mensch. Gerade dies ist die große Entdeckung von Marx.

Tragödie der Arbeiterklasse?

Wenn die Arbeiterklasse notwendigerweise bürgerlich denken muß, weil sie in einer bürgerlichen Gesellschaft lebt, dann hätten die Bürger notwendig, feudalistisch denken müssen, weil sie in einer feudalistischen Gesellschaft lebten. Aber die Bürger haben die feudale Gesellschaft überwunden und das dazu notwendige Bewußtsein entstand notwendigerweise zusammen mit den materiellen Voraussetzungen der bürgerlichen Gesellschaft. Die Keime der neuen Gesellschaft entstehen und reifen heran im Schoße der alten Gesellschaft, die auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung gesprengt wird. Wären die jeweils herrschenden Apparate und Minderheiten ausschlaggebend, so wäre es unbegreiflich, wie sie zu ihrer Bedeutung gelangen und wie sie gestürzt werden können. Die so skeptisch über das Klassenbewußtsein Philosophierenden vergessen, daß sie nicht in Wolkenkuckucksheim, sondern in demselben gesellschaftlichen Raum leben, wie ihre Objekte. Es bleibt ihr Geheimnis, wie sie sich den verheerenden Einflüssen dieser Welt entziehen. Sie stehen als Uebermenschen offenbar außerhalb ihrer Gesetze. Sie schreiben sie nur.

Wie sehr Miles die Geschichte als das Resultat der Denkarbeit großer Männer auffaßt, erhellt aus diesem Satz:

»Man muß schon auf die großen Religionsstifter zurückgehen, um eine Persönlichkeit zu finden, an deren Wirken sich solche Kämpfe knüpfen, wie an die Arbeit von Karl Marx.«

Marx und Engels haben sich nicht so nationalsozialistisch begriffen, weil sie sich stets in die Analyse ihrer Zeit einbezogen haben. Sie haben den Klassenkampf wirklich nicht erfunden, und nicht an ihr Wirken, sondern an das Wirken des Klassenkampfes haben sich die Kämpfe geknüpft. Sie haben sich mitsamt ihrem System nur als der theoretische Ausdruck der vor ihren Augen sich abspielenden praktischen Bewegung begriffen. Engels drückte das wohl deutlich genug aus, als er an Heinz Starkenburg schrieb:

»Wenn Marx die materialistische Geschichtsauffassung entdeckte, so beweisen Thierry, Mignet, Guizot, die sämtlichen englischen Geschichtsschreiber bis 1850, daß darauf angestrebt wurde, und die Entdeckung derselben Auffassung durch Morgan beweist, daß die Zeit für sie reif war und sie eben entdeckt werden mußte.« (25. Januar 1894).

Die Aneignung neuen Bewußtseins vollzieht sich für Marx und Engels genau so notwendig, wie die Entwicklung der Produktivkräfte, von denen die Arbeiterklasse selbst ja doch die bedeutendste ist. Und wenn gesagt wird, der Sozialismus kommt »nicht von allein,« »man« muß ihn wollen, so ist das wiederum eine rein intellektualistische Betrachtungsweise, die von der lebendigen Wirklichkeit und dem gesellschaftlichen Zwang der Arbeiterklasse absieht. Eben weil die Arbeiter ihr Leben an einem bestimmten Punkt der Entwicklung nur noch durch die Revolution sichern können, müssen sie den Sozialismus wollen, mögen sie heute noch nach tausend anderen Auswegen suchen. Das Handeln ist auch eine Zwangsläufigkeit. Und indem sie handeln, klärt, erweitert, vertieft sich ihr Bewußtsein. Und dieser Vorgang vollzieht sich ganz spontan, d. h. aus seinen eigenen Gesetzmäßigkeiten heraus. Angenommen, die Intellektuellen fressen sich im Kampfe darum, wer das allerrichtigste Bewußtsein und also den Anspruch auf die Führung hat, vollkommen auf, weil es lebensgefährlich ist, in diesem Kampfe nicht Sieger zu bleiben, so geht die Bewußtseinsbildung der Arbeiterklasse trotzdem weiter. In diesem Sinne also ist das Bewußtsein ein Produkt der Spontaneität, schlichter gesagt, der Entwicklung. Denn Spontaneität bedeutet nicht »Plötzlichkeit.« Für den Dialektiker gibt es keine »Plötzlichkeit«, denn diese ist in Wirklichkeit die Summe vieler Vorgänge, die wir in ihrem Wirken nur nicht vorausgesehen haben. Spontaneität ist die Fähigkeit, aus eigenem Antrieb aktiv tätig sein zu können, Selbsttätigkeit von innen heraus. In diesem Sinne entsteht jedes wirkliche Bewußtsein spontan, denn das Bewußtsein unterscheidet sich von der Erkenntnis und der bloßen Theorie dadurch, daß es aus einem praktischen Erlebnis stammt. Das Erlebnis ist die erste Voraussetzung des Bewußtseins, das Klassenerlebnis also die erste Voraussetzung des Klassenbewußtseins. Diese Voraussetzung fehlt dem von außen an die Arbeiterbewegung herankommenden. Die Intelligenz entwickelt daher kein Klassenbewußtsein im ursprünglichsten Sinn des Wortes. Sie kann sich aber umfassende theoretische Erkenntnisse über das Leben des Proletariats aneignen, und sich je nach sozialer Selbstanalyse, Intuitionsfähigkeit und Eingliederung in

das Geschehen der Arbeiterklasse zum Verständnis des proletarischen Seins erheben. Sie können die Gesetzmäßigkeit der Geschichte erkennen, aber keine machen. Daraus erfolgt andererseits, daß es sich für die Arbeiterbewegung nicht etwa um die Ausschaltung, sondern um die der geschichtlichen Notwendigkeit gemäße Einschaltung der Intellektuellen handeln muß.

Die Notwendigkeit einer Avantgarde wird gewöhnlich aus der Tatsache der Bewußtseinsdifferenzierung abgeleitet. Gerade hier liegt ihr schwächster Punkt. Denn die Differenzierungen sind nicht nur horizontal, sondern auch vertikal, nicht nur in der Tiefe, auch in der Breite vorhanden. Der Klassenkampf erfordert vielfache Qualitäten, und niemand ist so universal, daß er allen auf allen Gebieten voraus ist. Man kann daher Anfang und Ende, Vorhut und Nachhut zugleich sein. Im Flusse der Entwicklung wird bald dieser, bald jener Avantgarde sein. Das aber führt zur Aufhebung dieses Begriffes, denn auf diese Weise sind alle Avantgarde und damit keiner. Die Arbeiter sind gewiß nicht alle gleich, im Gegenteil, sie werden immer ungleicher, weil stets individueller. Sie sind umso verschiedener, je ausgeprägter ihre eigene Gestalt ist. Dies wiederum hängt davon ab, ob sie im Brennpunkt der Ereignisse, in halbagrarischen Gebieten oder sonstwo stehen. Einer hier, der andere dort bewußter, verständnisvoller, tatfreudiger, befähigter und entschlossener als der andere, ist jeder zur Hilfe gedrängt und bereit. Je differenzierter der Mensch wird, um so mehr wird ihm der Mitmensch zum Bedürfnis. Und so wird erst aus dem undogmatischen Zusammenwirken aller Kämpfenden, aus den vielen Einzelheiten die geeinte ringende Klasse nicht von oben, sondern von unten her. Was für die biologische Existenz des Menschen die Luft, das ist für die Aktion des kämpfenden Proletariats darum seine eigene Demokratie. Der bewußte, Theorie und Praxis, Herz und Hirn zu einer unzertrennbaren Einheit verknüpfende Kämpfer, das ist der geschichtlich erzwungene Typ der neuen Bewegung. Schon die heutige illegale Arbeit macht diesen selbständig handelnden Menschen notwendig. Die Zeit der Kommandos ist für die Arbeiterbewegung ein für allemal vorbei, die Apparatideologen und alten Organisationspraktiker stehen auf verlorenem Posten, auch wenn sie jetzt die Jakobinermütze aufgesetzt haben. Daß illegale Gruppen schon heute den Bruch mit den sich notwendigerweise aus der Theorie über das Bewußtsein ergebenden bürokratischen Praktiken von Miles und anderen, die u. a. durch alten Apparateinfluß noch einige Positionen halten, zu vollziehen gezwungen sind, deutet die zwangsläufige Richtung der proletarischen Aktion von morgen an. Wer vor Enttäuschung nicht zerbrechen und die Entwicklung fördern statt hemmen will, werde sich dieser Notwendigkeit inne.

Der Selbstbewußtwerdungsprozeß der Arbeiterklasse ist zweifellos weitaus komplizierter und langwieriger als viele heute noch annehmen, wie er auch bis jetzt viel länger gedauert hat, als Marx und Engels dachten. Die junge Generation, die bei den vielen Vorzügen, die sie besitzt, doch den Nachteil hat, keinen Vergleichsmaßstab zu haben (Reisen in Länder, die uns das Bild unserer Vergangenheit zeigen, würden vielleicht

manche Theorie der Gegenwart widerlegen), könnte dem Fehler verfallen, das langsame Tempo als Stillstand, die Erscheinung als das Wesen zu deuten, wie es der Reformismus mit der kapitalistischen Entwicklung tat. Aber die Tatsache der Entwicklung selbst zu leugnen, weil die Spontaneität noch immer nicht die Erwartungen der Intelligenz erfüllt hat, das wäre ungefähr dasselbe, als kehre ein Naturwissenschaftler zur Schöpfungsgeschichte zurück, weil die Wissenschaft nicht alle Rätsel gelöst hat.

Daß die Arbeiterklasse mal untergehen wird, hat Marx schon vertreten. Aber sie wird nicht in die »Barbarei« (was ist das überhaupt?), sondern in die klassenlose Gesellschaft hinein untergehen.

Tragödie der Intelligenz?

Die Theorie von der notwendigen Bürgerlichkeit der Arbeiterschaft ist das spontan aus der sozialen Stellung der Intelligenz erwachsende Bewußtsein. Die Intellektuellen, die als solche keine praktische Gewalt aufzubieten haben, sehen die Manuellen als genau so halb an, wie sie selbst sind, und glauben daher, daß die praktisch Tätigen keine intellektuelle Gewalt aufzubieten haben. Weil der Kopf ohne Faust ist, erscheint die Faust auch kopflos. Und das ist der große Irrtum. Somit verwandelt sich die angebliche Tragödie des Proletariats in die tatsächliche Tragödie der Intelligenz und des Kleinbürgertums. Der vermeintliche Untergang der Arbeiterklasse ist der wirkliche anderer Schichten. Was über das Elend der Arbeit philosophiert wurde, erweist sich zum tausendsten Male als das Elend der Philosophie. Eine wirksamere Bestätigung der angezweifelten marxistischen Bewußtseinslehre ist überhaupt nicht denkbar.

Abschließend sei nur angedeutet, an welchen materiellen Verhältnissen die intellektuelle Vortruppideologie wurzelt, wo diese Mystik ihre Ursachen hat.

1. Die Existenz des Kleinbürgertums und der Intelligenz ist heute in der Tat vielfach hoffnungsloser als die der Arbeiterklasse, wobei zu bedenken ist, daß diesen Schichten ihr Absturz viel furchtbarer erscheint, als er objektiv ist, weil sie sich stets an den obersten Schichten orientiert haben und nach individueller Macht und persönlichem Aufstieg strebten. Und soviel steht nach den Erfahrungen der letzten Jahre fest: die soziale Revolution wird die Stellung des Kleinbürgertums und der Intelligenz zweifellos sehr viel gründlicher berühren, als wir noch heute glauben. Der Faschismus einerseits und der Herrschaftsanspruch der Intelligenz andererseits, sind die vorerst negativen Anzeichen dafür. Die, die heute schon Rezepte verordnen und nach russischem Muster »Sozialisierungspläne« zimmern, werden maßlos enttäuscht sein.

2. Die fortschreitende Vergesellschaftung vermindert die Bedeutung der Intellektuellen von zwei Seiten her: erstens wird auch die Kopfarbeit rationalisiert und spezialisiert, und z. B. der Techniker zum leicht entbehrlichen auswechselbaren Teilarbeiter, der mit seiner rein theoretischen Ausbildung oft gar nichts anfangen kann, zumal bei dem schnellen Entwicklungstempo der Technik die praktische Tätigkeit viel bedeutungsvoller ist. Die Vergesellschaftung der Produktion macht den Produktions-

prozeß immer unabhängiger vom Einzelnen, während der Einzelne immer mehr soziales Wesen wird. Zweitens wurde die Arbeiterklasse durch die allgemeine Entwicklung immer bewußter, selbständiger, entwickelter. Sie schuf aus sich heraus Techniker, Ingenieure, Politiker, Verwaltungsbeamte, Dichter, Künstler, Schriftsteller, Fürsorger usw. und hat außerdem durch die praktischen Aufgaben sehr qualifizierte Kräfte in ihren Reihen, denn auch das Wissen und Erkennen wird vergesellschaftet.

3. Deshalb kann die Arbeiterklasse innerhalb des Betriebes wie außerhalb des Produktionsprozesses immer unabhängiger von klassenfremden Schichten handeln und das Problem der Fachleute, wie es in Rußland besteht, wird sie nicht kennen. Die Marxsche »Assoziation freier Produzenten« — betonter Gegensatz zum bolschewistischen Staat — die jede andere Leitung als die durch die Produzenten selbst ausschließt, wird gerade jetzt objektiv möglich und sogar notwendig, wo Miles und andere prompt das Gegenteil verkünden

Merkwürdigerweise wurde diese Assoziation kaum angezweifelt, solange sie wirklich noch eine Utopie war. Die Intelligenz sollte deshalb in rücksichtsloser Selbstanalyse gründlich die Frage prüfen, ob ihre resignierten Theorien über die schöpferischen Kräfte des Proletariats nicht gerade die Folge der sich immer sichtbarer ankündenden völligen Umkehrung aller Werte durch die proletarische Revolution sind und sich in ihrer Philosophie nicht eine Prophezeiung Shaws erfüllen will, wonach »die Intellektuellen die letzten Ausbeuter der menschlichen Gesellschaft sein werden.«

BUCHBESPRECHUNGEN

Rudolf Olden: Hindenburg oder der Geist der preußischen Armee. Verlag Europäischer Merkur, Paris, 1935. 356 Seiten, Preis kart. 35 fr. Frs.

In einem Augenblick, wo der neuerstandene deutsche Militarismus schwertklirrend in die Arena der europäischen Politik tritt, kann das Buch von Olden den Anspruch auf höchste Aktualität erheben. Es ist weit mehr als bloß eine Biographie Hindenburgs: es ist eine Geschichte des preußisch-deutschen Militarismus, beginnend mit Friedrich Wilhelm I., über Friedrich II., Bismarck und Wilhelm II., bis zu seiner Regeneration unter den Fahnen des Nationalsozialismus.

Olden umreißt in großen Zügen die politische Geschichte Preußens als des Kernpunktes des sich bildenden Reiches. Es ist, nach dem Ausspruch eines geistvollen Junkers, »kein Staat, sondern das Quartier einer Armee«. Das »neue Deutschland« unter dem Hakenkreuz ist nichts weniger als neu. Es ist das alte Preußen, nur noch verschlechtert durch die absichtlich angestrebte Angleichung des Dritten Reiches an die Barbarei des Mittelalters. Die Repräsentanten dieses Reiches haben nicht ganz unrecht, wenn sie sich, wie Göbbels, auf den preußischen Sozialismus als das »Erbgut der preußischen Armee« berufen, oder, wie Göring, die im Aufbruch befindliche Nation als eine »Nation von Kommisstiefeln« preisen. Auch die These General von Seeckts: »Die

Armee ist der Staat« findet heute ihre Bekräftigung, nachdem die neuaufgerüstete Armee in den Mittelpunkt der Politik des Dritten Reiches getreten ist.

Die gesellschaftliche Grundlage des alten wie des neuen Militarismus bildet vorwiegend das vom Junkertum beherrschte und geformte Bürgertum, das im Staat der Untertanen die Verwirklichung seiner politischen Ideale findet. Das Bündnis zwischen Großagrariern und Schwerindustrie in den siebziger Jahren ist eine wichtige Etappe dieser Entwicklung. An der Spitze der gesellschaftlichen Pyramide steht eine mit Großgrundbesitz und Schwerindustrie verbundene Kriegerkaste, die ihren Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung ausdehnt. Diese Kaste bestimmt Inhalt und Zielsetzung des wilhelminischen Deutschlands, sie ist es, die den Glauben an die eigene Unüberwindlichkeit züchtet, den Ausbreitungsdrang des imperialistischen Bürgertums fördert und jene Weltbeherrschungspläne des Alldeutschtums formuliert, die als eine der wichtigsten Ursachen der Niederlage im Weltkriege angesehen werden müssen.

Symbol und Repräsentant dieser Kaste ist H i n d e n b u r g, der Feldmarschall des verlorenen Krieges. Mit seiner subalternen Beschränktheit, seiner äußeren Korrektheit, seinem formellen Pflicht- und Disziplinbegriff, der nur notdürftig seine Ideenlosigkeit und seine Untreue verbarg, war er ein Exponent des wilhelminischen Deutschlands, der auch nach dem Zusammenbruch die alte politische Linie zu vertreten suchte. Es ist charakteristisch, in wie raffinierter Weise er im Bunde mit Ludendorff die traditionelle Linie des preußischen Generalstabs vertrat: die Ehre der Erfolge für sich in Anspruch zu nehmen, aber die Verantwortung für Mißerfolge den anderen aufzubürden. Er war es, der während des Krieges jede Friedensverhandlung unmöglich machte und Anfang Oktober 1918 stürmisch den sofortigen Waffenstillstand forderte. Er war es, der 1919 die schwankende Nationalversammlung bestimmte, den Friedensvertrag von Versailles anzunehmen. Er war es aber auch, der ein Jahr später vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstages der Dolchstoßlegende Tür und Tor öffnete und gemeinsam mit den Rechtsparteien den »Schmachfrieden von Versailles« für alles Unheil verantwortlich machte. Die Taktik war klar: für den Zusammenbruch sollten nicht die eigentlich Schuldigen büßen, sondern diejenigen, die aus dem Trümmerhaufen vom November 1918 den demokratischen Volksstaat gezimmert hatten. Die Armee jedoch und ihre verantwortlichen Führer sollten vor dem Volke als »unbesiegt« dastehen, damit sie nach dem Zwischenspiel der demokratischen Republik den Weltkrieg an dem Punkte wieder aufnehmen konnten, an dem er 1918 abgebrochen werden mußte.

Die hier gezeichnete Entwicklungslinie war ihren Verfechtern keineswegs klar. Sie ergab sich aber aus dem Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte in einem Lande, in dem die reale Macht der besitzenden Klassen durch die Revolution unangetastet geblieben war.

Unter der Hülle der Demokratie vollzog sich der Aufmarsch der Konterrevolution. Die Demokratie selbst wurde mit den Mitteln der Demokratie gemordet. Armee und Junkertum, Bürokratie und Justiz waren die wichtigsten Träger dieser konterrevolutionären Entwicklung. Hindenburg war

nur »die große Atrappe« (wie ihn Göbbels, allerdings in einem anderen Zusammenhang, genannt hat), hinter der sich der Aufmarsch der reaktionären Kräfte vollzog.

Mit leidenschaftlicher Schärfe zeichnet Olden die einzelnen Etappen des Leidensweges, den die Republik namentlich in den letzten Jahren durchmachte. Für ihn ist Brüning mit seiner Notverordnungspolitik eine der unheilvollsten Gestalten, die Deutschland über das autoritäre Regime in den Nationalsozialismus hineingeführt haben. In der Tat hat die von ihm geförderte Präsidialdiktatur die Vorstufe zum Siege Hitlers gebildet. Die letzten Jahre der Republik waren eine glänzende Illustration zu den Worten Cavours, daß auch die schlechteste Kammer besser ist als das beste Vorzimmer. Im Vorzimmer Hindenburgs hat sich in diesen Jahren das »persönliche Regiment« installiert, das den Parlamentarismus abgelöst hatte. Hier und in Neudeck wurden die Intrigen gesponnen und die Entscheidungen getroffen, die auch die letzten Reste der Demokratie vernichten sollten. Ein Verrat jagte den anderen: der Verrat Hindenburgs an Brüning, der Staatsstreich gegen Preußen, der Verrat an Schleicher und die Inthronisierung Hitlers. Alle diese Verrätereien, die Hitler den Weg zum Sieg ebneten, sind eng verbunden mit der schroffen Schwenkung Hindenburgs zu seinen junkerlichen Standesgenossen, die ihn nach der Schenkung von Schloß Neudeck ganz für sich gewannen. Unerbittlich ist das Urteil Oldens, das er nach eingehender Schilderung des Osthilfeskandals über Hindenburg fällt: »Man kann die Wahrheit nicht verhehlen. Die Hindenburgs hatten sich kaufen lassen.«

Mit ungeheurer Lebendigkeit rollt namentlich in den letzten Kapiteln des Buches die Tragödie der deutschen Republik vor uns ab. Olden hat es verstanden, die Darstellung des dramatischen Ganges der Ereignisse mit der Herausarbeitung der treibenden gesellschaftlichen Kräfte zu verbinden und so die Dynamik des geschichtlichen Geschehens vor uns aufzudecken. Wenn diese Schilderung stellenweise den Eindruck der Einseitigkeit hervorruft, da sie die wirtschaftlichen Faktoren und die Vorgänge in der Arbeiterbewegung viel zu wenig berücksichtigt, so liegt andererseits ihre Stärke in der Herausarbeitung jener Entwicklungstendenzen, die nach der Etablierung der Hitlerherrschaft das Bild Deutschlands neu geformt haben. Die »Wiederkehr des Gleichen«, deren Zeugen wir jetzt sind, ist ein Ergebnis der Tatsache, daß jene Kräfte, die im Weltkrieg vernichtet schienen, nicht nur zu neuem Leben erweckt sind, sondern ausgerüstet mit der Machtfülle des »totalen Staates« in noch unheilvollerer Weise als vor 1914 das Schicksal des deutschen Volkes bestimmen können.

Viator.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.